



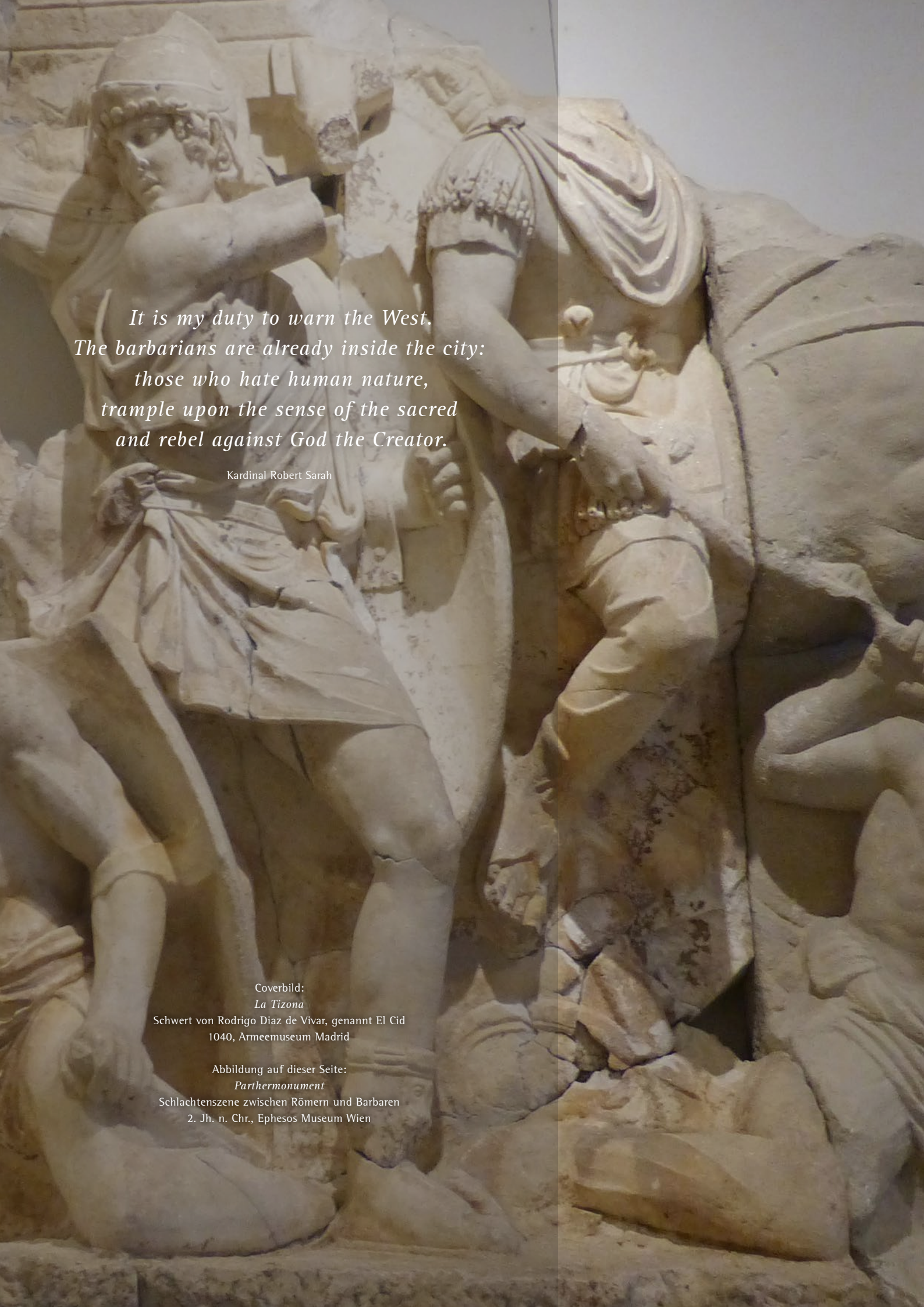
Attersee Report

Reconquista

Wolfram Schrems · Reconquista
Bruno Wolters · Demographie!
Norbert Nemeth · Was ist „queer“?



Ausgabe Nr. 44 · November 2025



*It is my duty to warn the West.
The barbarians are already inside the city:
those who hate human nature,
trample upon the sense of the sacred
and rebel against God the Creator.*

Kardinal Robert Sarah

Coverbild:
La Tizona

Schwert von Rodrigo Diaz de Vivar, genannt El Cid
1040, Armeemuseum Madrid

Abbildung auf dieser Seite:
Parthermonument

Schlachtenszene zwischen Römern und Barbaren
2. Jh. n. Chr., Ephesos Museum Wien

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Die letzte Ausgabe unseres Reports wurde medial stark rezipiert. Offenbar haben wir mit der Frage, wie es das III. Lager mit der Religion hält, ins Schwarze Blaue getroffen. Auch die Rede des FPÖ-Obmannes am Bundesparteitag widmete sich dem Thema, konkret dem tatenlosen Zusehen der Amtskirche bei der vonstattengehenden Islamisierung unserer Heimat, die in den Metropolen längst ein unübersehbares, wenn nicht irreversibles Ausmaß angenommen hat. Anstatt das Kind beim Namen zu nennen, wird darüber filibustert, ob sich eine politische Partei überhaupt mit der Rolle der Religion befassen darf. Auf der anderen Seite müssen wir feststellen, dass es immer wieder Kommentare von Willkommensklatschern in Tälern gibt und dass da und dort sogar Gottesdienste missbraucht werden, um politische Stimmung zu machen.

Dass sich „christliche“ Parteien wie die CDU und die ÖVP vor diesem Hintergrund in eine oberflächliche „Stadtbild“-Debatte flüchten, rundet das Bild ab. Wer vor lauter falsch verstandener Toleranz das Fremde über das Eigene stellt – bislang eigentlich allein ein Wesenszug der Parteien der atheistischen Schule – braucht sich nicht wundern, wenn ihm sein Elektorat in Scharen davonläuft. Der Wähler



begegnet dem Verleugnen der eigenen Wurzeln mit instinktivem Misstrauen. Wer sich selbst nicht leiden kann, ist als Repräsentant anderer von vornherein ungeeignet.

So gesehen verdichtet sich, dass die FPÖ die neue Volkspartei in Österreich ist, derweil das „V“, das sich zwischen einem „Ö“ und einem „P“ befindet, mittlerweile eher mit „Verrat“, „Versagen“ oder „Vollversagen“ assoziiert wird. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die FPÖ auch die Partei der arbeitenden Menschen ist, beziehungsweise all jener, die sich ihre Pensionen redlich erarbeitet haben oder in Zukunft erarbeiten wollen. Noch gibt es junge Menschen, die sich zur Leistungsgesellschaft bekennen! Die Linksparteien haben für diese Menschen längst nichts mehr anzubieten, sondern sich unumkehrbar in eine queere Welt begeben – mit entscheidenden Folgen, insbesondere für den Feminismus, der in der queeren Utopie schlicht und einfach nicht stattfindet.

Was „queer“ eigentlich ist und wo das herkommt, damit beschäftigt sich dieser Report, zumal die Zurrückeroberung heute nicht mit dem Schwert und dem Krummsäbel ausgefochten wird, sondern in unseren Köpfen.

Herzlichst Ihr
ParlRat Mag. Norbert Nemeth
Abgeordneter zum Nationalrat

Inhalt



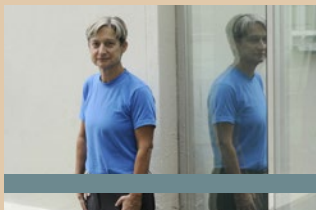
Theorie:

Deus vult.	6
Reconquista	8
Remigration	13
Charlie Kirk, RIP	19



Praxis:

Demographie!	20
Quo vadis, USA?	26
Land der Waffen(besitzkarten)	31
The Red Apple	35



Feuilleton:

Was ist „queer“?	36
Unter Journalisten	43
Kulturhauptstadt Görs	46
Die sizilianische Reconquista	50
Adharas Stimme	54
Impressum	55

Editorial

Werte Leser!



Jedes Jahr wird, sowohl in unserer Heimat Österreich (seit 1999) als auch in der Bundesrepublik Deutschland (seit 1991), das sogenannte „Unwort des Jahres“ gekürt. Dabei fällt ins Auge, wie erstaunlich oft die einschlägigen Juroren sich von Begriffen, die um Fragen der Massenmigration und mögliche Schutzmaßnahmen gegen sie kreisen, offensichtlich beunruhigt fühlen.

Gleich sechzehn Mal schaffte es ein migrationsbezogener Begriff ganz an die Spitze, so in Deutschland 1991 „Ausländerfrei“, 1993 „Überfremdung“, 2000 „National befreite Zone“, 2001 „Gotteskrieger“, 2006 „Freiwillige Ausreise“, 2013 „Sozialtourismus“, 2018 „Anti-Abschiebe-Industrie“, 2020 „Rückführungspatenschaften“, 2021 „Pushback“, 2023 „Remigration“ und 2024 „Biodeutsch“. In Österreich wiederum hatten wir 2001 „Nichtaufenthaltsverfestigte“, 2005 „Negativzuwanderung“, 2010 „Humane Abschiebung“, 2013 „Inländerfreundlich“ und dann noch 2014 das flapsige „Negerkonglomerat“, sofern man das gelten lassen will. Interessant ist jedenfalls, dass man sich in der BRD in den Kampf gegen rechts in den letzten Jahren nochmals so richtig reinge-steigert hat, während man in Österreich hier doch kleinlauter wurde und lieber auf Kritiker des Corona- und des Klimaregimes hinhaute, als allzu durchsichtig auf jene der Massenmigration. Ein bisschen mehr Realitätssinn haben sich in der Alpenrepublik womöglich sogar strammlinke Juroren bewahrt, wobei: Wort des Jahres wiederum wurde 2015 in Deutschland „Flüchtlinge“, und dem stand Österreich mit „Willkommenskultur“ um nichts nach.



Es liegt nahe, in den besagten Unwörtern so etwas wie einen sprachlichen Tabuisierungsversuch zu erkennen. Begriffe werden als unanständig markiert, um die Sachverhalte, die sie benennen und damit besprechbar machen, aus dem Diskurs zu scheiden. In vieler Hinsicht ist der politische Diskurs auf diese Weise längst zu ei-

nem Spiel der bloßen Andeutungen gekommen. Weil man z.B. nicht mehr sagen kann, dass bestimmte Ausländer ein Problem sind, spricht man abstrakt von einem Stadtbild, das sich nicht zum Besseren gewandelt habe. Weil gleichwohl jeder weiß, was gemeint ist, gibt es den Aufschrei zwar trotzdem, doch rudert man solcherart schon wieder zurück, bevor man noch etwas überhaupt ausgesprochen hat.

Wir plädieren für einen anderen Zugang: Nur eine klare Sprache, die frei und unumwunden heraussagt, was gemeint ist, kann einen ehrlichen Austausch zwischen Menschen ermöglichen. Die Reconquista beginnt beim Wort – und hier gilt es auch für unseren Report, einen Beitrag zu leisten, um Dinge wieder sagbar zu machen und das Overton-Fenster zu verschieben. Es kann nicht angehen, dass heute eine Mehrheit der Bürger in manchen Ländern, trotz deren formalem Status als entwickelte Demokratien, die eigene Meinung nicht mehr öffentlich frei zu äußern wagt. Alle Welt rückt nach rechts, aber der Meinungskorridor zwingt uns eine immer linkere Sprache auf?

Rechts denken, rechts reden, rechts handeln, das ist das Gebot der Stunde. Die Zeit ist reif, uns die Meinungsführerschaft zurückzuholen. Was die Amerikaner können, das können wir Europäer doch auch, oder nicht?

Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

Deus vult.



Vaterland ist ein heiliger Name, der unsere teuersten Erinnerungen wachruft und unser Herz höher schlagen lässt. Da sind wir ja geboren und daran binden uns Bande des Blutes und edle Gesinnung und Überlieferung. Darum verdient es nicht nur unsere Liebe, sondern unsere Vorliebe.

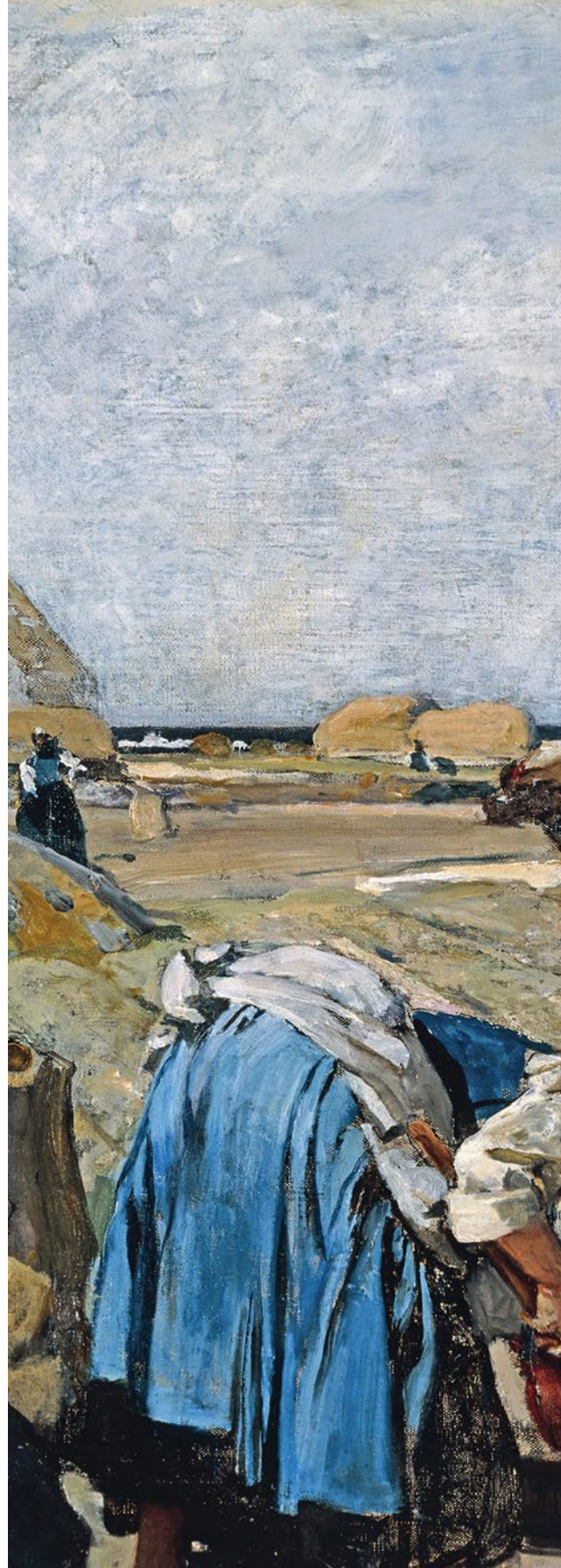
Papst Pius X.

Die Auffächerung der Menschheit in Völker ist das vereinigte Ergebnis ursprünglicher Schöpfung, schicksalhafter Prägung und eigen- oder fremdwilliger Formung. Jedes Volk soll seine arteigenen Werte zum Blühen und Reifen bringen, dadurch zur Erfüllung des reichen, vielgestaltigen Schöpfungsplans beitragend.

Theodor Grentup, in: Lexikon für Theologie und Kirche

Die Heimatliebe und der Einsatz für das Vaterland sind Dankesplichten und entsprechen der Ordnung der Liebe.

Katechismus der katholischen Kirche





Theorie

Die Kartoffelernte
Lucien Simon, 1907

Simon

Wolfram Schrems

Reconquista

Covadonga, Rom, Wien



Bekanntlich setzt die Geschichtsschreibung die spanische Reconquista mit dem Sieg des Westgotenkönigs Pelayo in Covadonga im Jahr 718 oder 722 an. Nach einigem Hin und Her konnte Spanien im Jahr 1492 von den islamischen Invasoren befreit werden. Wie es scheint, war der Wille zur Rückeroberung weit verbreitet. Davor musste freilich die richtige Diagnose gestellt werden: Diese besagte, dass es sich eben um eine Besatzung und (in den noch freien Gebieten) eine Belagerung handelte.

Wenn wir uns also im Folgenden Gedanken zu einer zeitgenössischen Reconquista machen, müssen wir zuerst festhalten, dass wir im gesellschaftlichen Maßstab von einer adäquaten Diagnose der Situation weit entfernt sind. Verpönt ist etwa der positive Rekurs auf Befreiungskriege in der Vergangenheit, besonders das Gedenken für die Türkenabwehr 1683 wird schon länger als irgendwie „rechtsradikal“ o. ä. verleumdet. Da und dort gibt es Leute, die ein Licht auf die Vergangenheit werfen und etwa die Kreuzzüge in einen größeren Zusammenhang stellen. Diese waren ja – zumindest von der Idee her, wenn auch nicht immer von der Durchführung – Akte der Notwehr und der Nothilfe. (Der Youtuber *ApoTrad* thematisierte das vor kurzer Zeit im Stil zeitgenössischer Video-Ästhetik, aber inhaltlich durchaus profund.)

Falls jemand in der Öffentlichkeit von einem gegenwärtigen Zustand der Unfreiheit oder der Besatzung sprechen sollte, treten sofort die Heckenschützen auf den Plan: Wer für die Befreiung eintritt, kann ja wohl nur ein Rechtsradikaler sein! Diese Taktik wurde von einer vereinheitlichten Medienlandschaft besonders im Corona-Terror so praktiziert. Wir dürfen also gemäß diesem Diktat nicht einmal *aussprechen*, dass es einen Besatzungszu-

stand gibt, geschweige denn eine Befreiung *wollen*. Das betrifft den weltlichen wie auch den kirchlichen Bereich – ja besonders diesen: Das „Trojanische Pferd“ war schon vor einiger Zeit in die „Stadt Gottes“ gebracht worden (um auf einen Alarmruf des katholischen Philosophen Dietrich von Hildebrand aus dem Jahr 1967 anzuspieren). Im Vatikan begann spätestens 1962, dem Beginn des II. Vatikanischen Konzils, ein neuer Geist zu herrschen. Diesen kann man „trans“ nennen: Die Kirche sollte sich „transformieren“, etwas „anderes“ werden.

Um das zu erreichen, wurden der überlieferte Glaube und die überlieferte Liturgie *de facto*, wenn auch nicht *de iure*, abgeschafft. Eine neue Liturgie, flach, künstlich, vieldeutig, wurde zwangsweise oktroyiert. Ein völlig neuer Weltoptimismus brach aus, eine regelrechte Euphorie. Plötzlich fraternisierte die Kirche mit den weltlichen Mächten, man lag sich förmlich in den Armen (zumindest sah es so aus). Ausgenommen von der Verbrüderung waren nur die glaubenstreuen Katholiken. Die Regeln wurden außer Kraft gesetzt, die Willkür begann zu herrschen. Offenbar war die Bemannung des Trojanischen Pferdes erfolgreich gewesen.

Erfreulicherweise äußerte sich vor kurzem immerhin Kardinal Gerhard Ludwig Müller, vom „Dik-



*Die Christenverfolgung in den islamischen Ländern und sonst wo
ist längst bei uns angekommen. Sie ist u. a. Folge der Ersetzungsmigration
(replacement migration).*



tatorpapst“ (Henry Sire) rüde abgesetzter Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre und bedeutender Theologe, in einem Interview mit dem Titel „Kirche im Belagerungszustand“. Damit bleibt er eine von leider nur sehr wenigen Stimmen. Wir befinden uns also in einer weit schlechteren Situation als die Iberer im 8. Jahrhundert. Wir wurden ja darauf dressiert, unseren Zustand gut zu finden – in der Kirche wie in der Politik.

Die Krise des Papsttums
als Offenbarung seines Wesens...

Das Tun und Lassen der Kirche hat Auswirkungen auf die ganze Welt, im Guten wie im Schlechten. Freund und Feind, Gläubige und Nichtgläubige erkennen an, dass das Papstamt eine sakrale Größe ist. Daher richtet sich die Aufmerksamkeit praktisch der ganzen Welt auf das Konklave und viele waren gespannt auf den „Habemus Papam!“-Ruf. Nur zum Vergleich: Wer beispielsweise der Präsident des *Lutherischen Weltbundes* ist, emotionalisiert vergleichsweise wenige Leute. Aber es gibt eine Krise in Rom: Das Bergoglio-Pontifikat war – nach einigen Jahrzehnten des päpstlichen Schwankens in zentralen Fragen – ein präzedenzloses Chaos. In ihm wurden die Katastrophen des Papsttums und des Jesuitenordens grell offenbar.

Bleibende Ärgernisse sind die ausdrückliche Verleugnung Christi in Abu Dhabi und in Indonesien, die Verbrüderung mit den *phármakoi*, den „Giftmischern“ nach der Offenbarung des Johannes 21,8,

die Unterdrückung der Überlieferten Messe und die Anbetung des „Migranten“. Es war eine Schande des Petrusamtes. Aber das ist genau der Punkt: Die Folgen der Ausübung dieses sakralen Amtes schwappen in den weltlichen Bereich hinüber. Die Krise zeigte, dass dieses heilige Amt im Guten wie im Schlechten die ganze Welt betrifft.

Papst Leo XIV. zeigte nach seiner Wahl im Gegensatz zu seinem Vorgänger ein würdiges Auftreten und gute Manieren. Die Hoffnungen sind allerdings nach etwa einem halben Jahr zerstoßen. Letztens segnete Papst Leo im Beisein eines österreichischen Politclowns einen Grönländischen Eisblock, um seitens des Vatikans den Klima-Unsinn neu zu befeuern. Diese groteske Szene ist gleichsam die Strafe Gottes für die schlechte Politik der letzten Päpste. Der bislang schlimmste Schlag gegen den Glauben war das interreligiöse „Friedensgebet“, das der Papst mit der notorischen Gemeinschaft *Sant'Egidio* am 28. Oktober im Kolosseum beging, ausgerechnet am Festtag der Apostel Simon und Thaddäus. Zu allem Überfluss wurde dort auch noch das fatalen Konzilsdokuments *Nostra aetate* ehrend gedacht. Hat man die giftigen Früchte immer noch nicht bemerkt? Sechzig Jahre Selbstzerstörung ist den Kirchenführern offenbar nicht genug.

...und die schlimmen Folgen für alle!

Warum ist das für die Leserschaft eines säkularen, politischen (oder „metapolitischen“) Periodikums von Interesse? Weil, wie der bedeutende, aber leider



*Eine „Befreiungstheologie“ für Europa,
wenn man das so sagen möchte, wäre jetzt an der Zeit.*



zu wenig bekannte Politikphilosoph Eric Voegelin (1901–1985) sagte, politische Fragen letztlich theologische sind. Jede Politik baut auf Axiomen auf, an die deren Proponent sozusagen glauben muss. Diese Axiome haben, ob sie richtig oder falsch sind, auch bekenntnishaften Charakter: Von daher ist es für



Der Heilige Matthäus und der Engel
Giovanni Gerolamo Savoldo, 16. Jh.

Politiker und Politikgestalter unsinnig zu sagen, sie würden eine „wertfreie“ oder „neutrale“ oder „rein sachorientierte“ Politik machen. Unvermeidlich werden Werte, Parteinahmen, Bekenntnisse und Bewertungsmaßstäbe vorausgesetzt.

Fatal für eine Politikgestaltung, die sich nach bestem Wissen und Gewissen am *bonum commune* ausrichten will, ist die Beobachtung, dass die Kirchenhierarchie als Verwalterin der Offenbarung Gottes ihre eigene Sendung verrät. Willkürherrschaft in der Kirche ist ein desaströses Vorbild für die Politik. Das beginnt beim Ersten Gebot: Ganz offensichtlich nützen die interreligiösen „Friedensgebete“ (beginnend mit Assisi im Jahr 1986, auch von Benedikt XVI. im Jahr 2011 abgehalten) dem Weltfrieden nicht. Irgendetwas ist bei diesen Spektakeln offenbar falsch gelaufen. Von einer Ausbreitung von Frieden und Versöhnung kann ja keine Rede sein, im Gegenteil: Die Christenverfolgung in den islamischen Ländern und sonst wo ist längst bei uns angekommen. Sie ist u. a. Folge der Ersetzungsmigration (*replacement migration*).

Auch das wird von der Kirchenhierarchie befeuert: Der „Migrant“ ist gewissermaßen Objekt der Anbetung geworden. In der vor kurzem promulgierten

Apostolischen Exhortation *Dilexi te* gelangt Papst Leo zu der aberwitzigen Aussage: „Sie [die Kirche] weiß, dass ihre Verkündigung nur dann glaubwürdig ist, wenn sie sich in Gesten der Nähe und der Aufnahme ausdrückt; und dass in jedem zurückgewiesenen Migranten Christus selbst an die Türen der

Gemeinschaft klopft“ (§75). Mit Verlaub, aber das ist Unfug und an der Grenze zur Blasphemie. Wie man an dieser schauderhaften Aussage sieht, fehlt den Kirchenoberen jede nüchterne Beurteilung der Situation. Dem „Migranten“ (was für ein verlogenes Wort auch, denn er „migriert“ ja nicht weiter, sondern setzt sich fest) kommt selbstverständlich keine sakrale Qualität zu.

Eine Berufung auf das Matthäus-Evangelium 25, 35 („Ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen.“, zit. in §73) muss scheitern, da dieses Herrenwort selbstverständlich individuelle und privat finanzierte Werke der Nächstenliebe und Wohlfahrtspflege und keine orchestrierte und steuergeldfinanzierte Masseneinwanderung zum Schaden der Aufnahmegemeinschaft anzielt. Die „Migranten“ „klopfen“ auch nicht „an“, sondern treten ein und bleiben. Auch der Papst unterschlägt, dass der Weltkatechismus in §2241 immerhin darauf hinweist, dass die Staaten das Recht haben, die Einwanderung Beschränkungen zu unterwerfen – ja natürlich, denn mit Chaos und Bürgerkrieg ist niemandem gedient!

Der Bevölkerungsaustausch ist selbstverständlich kein Gebot Gottes. Der *ordo dilectionis*, die „Ord-



*Aber wo bleibt die Wiedergewinnung der Christenheit,
wo die Umkehr, wo der Kampf gegen die himmelschreienden Gräuelt?*



nung der Nächstenliebe“, kann für einen Verantwortungsträger eines Staates nur bedeuten, zunächst die eigenen Staatsbürger zu schützen – oder von der Besatzung zu befreien. Eine „Befreiungstheologie“ für Europa, wenn man das so sagen möchte, wäre jetzt an der Zeit. Auch aufgrund der Sakralisierung des



Isabella I. von Kastilien und Ferdinand II. von Aragon; Eduardo Cano Peña, 1867

„Migranten“ durch die Kirche selbst kommen die europäischen Staatenlenker der Verpflichtung zur Sicherung des Gemeinwohls aber nicht nach. Die kirchliche Obrigkeit müsste wissen, dass die Orchestrierung der Migrationsströme der Abschaffung der Nationalstaaten und ihrer Völker vorarbeiten soll.

Auch in den anderen Fragen ist *Dilexi te* ein schmerzlich zu lesender Wortsalat in der Phraseologie der 1960er-Jahre. Wie es aussieht, steht dieses Werk im inhaltlichen Zusammenhang mit dem „Katakombenpakt“, einer Selbstverpflichtung revolutionärer, „befreiungstheologisch“ orientierter Bischöfe des Jahres 1965. Einer von denen, Dom Hélder Câmara, inspirierte später sogar Klaus Schwab, wie dieser selbst berichtete. Hier sieht man wiederum die Verbindung „linker“ und marxistisch ausgerichteter Kräfte mit Hochfinanz, Technokratie und Transhumanismus. In Rom findet man das wohl gut. Gleichzeitig bekämpft man dort das Erbe der Rückeroberung: Das vatikanische Staatssekretariat hat letzters gebeten, den Seligsprechungsprozess für Königin Isabella I. von Kastilien (1451 – 1504) „aus Gründen politischer Vorsicht“ zu pausieren.

Isabella und ihr Mann Ferdinand waren die Hauptprotagonisten des letzten Abschnitts der Re-

conquista. Nunmehr schämt man sich dieser bedeutenden katholischen Persönlichkeit sogar im Vatikan selbst. Mit einer solchen Gesinnung wird es schwierig mit einer Wiedergewinnung Europas für den Glauben.

Nichts Neues in Wien

Nun wurde bekannt, dass auch der vakante Stuhl des Wiener Erzbischofs einen neuen Inhaber bekommen wird. Auch diese illustre Persönlichkeit hat sich in aller Öffentlichkeit ausdrücklich gegen die überlieferten und gültigen Regeln gestellt, indem er die Lieblingsthemen der innerkirchlichen Besatzungsmacht hochspielte, nämlich den (unvermeidlichen) Zölibat und die (unmögliche) Frauenweihe. Immer dieselben Phrasen! Aber wo bleibt die Wiedergewinnung der Christenheit, wo die Umkehr, wo der Kampf gegen die himmelschreienden Gräuelt? Warum äußern sich unsere Hierarchen gegen den angeblich „menschengemachten Klimawandel“, nicht aber z.B. gegen die menschengemachte massenhafte Abtreibung ungeborener Kinder?

Der Weltkatechismus wäre eigentlich überaus deutlich: In §2273 wird eingemahnt, dass der Staat – natürlich – das Leben des ungeborenen Menschen im Mutterleib mit „geeigneten Strafmaßnahmen“ schützen müsse. Redaktionssekretär des Katechismus war Kardinal Schönborn, als er noch Theologieprofessor im Schweizerischen Freiburg war. Er müsste also wissen, was dort geschrieben steht. In die bischöfliche Verkündigung floss es genauso we-



Die allgegenwärtigen Angriffe auf Glaube, Familie, Gesundheit, Kunst, Sprache, Tradition und Völker zeugen vom Wirken des Bösen.



nig ein wie der oben erwähnte §2241 über das Recht der Staaten (nicht der EU, der UNO oder der „NGOs“), über die Einwanderung zu entscheiden. Eine pauschale Erklärung der „Migranten“ zu „Missionaren der Hoffnung“ (nach der problematischen *Botenschaft von Papst Leo XIV. zum 111. Welttag des Migranten und Flüchtlings 2025*) wäre illusorisch und unkatholisch.

Während die Hierarchen mit beiden Beinen fest in den Wolken stehen, werden Katholiken und andere zu Opfern der „Migranten“-Gewalt. Wie man sieht, wird seitens der universalen und lokalen Kirchenhierarchie derzeit alles in der Glaubens- und Sittenlehre irgendwie „trans“ gemacht – zum Schaden aller. Das scheint aber im Trend der Zeit zu liegen. Immerhin ist der „Fürst dieser Welt“ das erste „Trans“-Wesen. Er wollte sein, was er nicht sein konnte. „Ihr werdet sein wie Götter!“. Das erste Menschenpaar fand dieses Versprechen interessant. Jetzt kommt das in massierter, dreister Aufdringlichkeit schon wieder daher. Aber die berufenen Autoritäten der Kirche setzen dem nichts entgegen.

Resümee

Die allgegenwärtigen Angriffe auf Glaube, Familie, Gesundheit, Kunst, Sprache, Tradition und Völker zeugen vom Wirken des Bösen. Die Kirchenhierarchie scheint das wenig zu interessieren. Anderer-



Adam und Eva
Max Pietschmann, 1894

seits werden sich immer mehr Menschen der Herrschaft der Lüge sehr wohl bewusst, auch im Klerus. Erstaunlicherweise sind viele junge Leute darunter. Wo muss die Reconquista also beginnen? Vielleicht wiederum in Covadonga. Seit 2021 findet nämlich eine Fußwallfahrt von Oviedo nach Covadonga im Geist der Tradition statt. Die Teilneh-

merzahlen gingen steil nach oben – trotz der Schikanen der Kirchenobrigkeit und des Verbots der Lateinischen Messe in den Kirchen. Nichtsdestotrotz lässt man sich nicht abhalten. (Ähnliches gilt für die ebenfalls immer besser besuchte traditionelle Fußwallfahrt von Paris nach Chartres und in die Gegenrichtung).

Es ist durchaus sinnbildlich: Die meist jungen Teilnehmer interessieren sich nicht für das von immer denselben Nostalgikern permanent gefeierte „Konzil“. Sie haben eine Aversion gegen die sogenannte „Liturgiereform“, die eine Revolution von oben war. Sie wissen, dass sich vor etwa 1300 Jahren in Covadonga heroische Initiative mit einem himmlischen Eingreifen verband. Sie wissen um den Bestand von Zivilisation, Freiheit und Wahrheit auf dem Boden des überlieferten Glaubens. Sie wissen darum, dass die Reconquista zuerst im eigenen Inneren beginnen muss.

Sie beginnt mit dem Widersagen gegen die Anmaßung des Vaters der Lüge. Wenn sich das auch im Vatikan herumspricht, dann wäre das schon einmal ein guter Ausgangspunkt für eine Reconquista.

Jörg Mayer

Remigration

Vorbedingung, Nebenweg oder Endziel der Reconquista?



Remigration ist in aller Munde. Die Überfremdung Europas durch Ausländer aus allen denkbaren Herkunftsländern, bevorzugt aus wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Krisenregionen, hat ein derartiges Ausmaß erreicht, dass die europäischen Metropolen schon demographisch gekippt sind. Die Gesellschaft zerreißt. Wohnen, Bildung, Gesundheitswesen, Sicherheit, Wirtschaft, Staatsfinanzen – es kracht in allen Systemen.. Dem Niedergang assistiert eine unfähige, verantwortungslose und teils schlicht gekaufte europäische Politikerklasse.

Die Frage der Remigration als Teilaspekt der Reconquista wird in dieser Gemengelage zur Schicksalsfrage Europas. Als Ziel von Politik vereint das Programm zwei handfeste Streiche: Es rettet die demokratisch-nationalstaatliche Verfasstheit Europas durch die Bewahrung der Staatsvölker und es beseitigt notwendigerweise das globalistisch orientierte Establishment, das ein solches restauratives Programm nie und nimmer durchführen würde. Es verwundert daher nicht, dass rechte Parteien zunehmend mutiger werden in ihren Forderungen nach Remigration, zumal alle anderen, sprich die linken sowie die profillosen Parteien, sich immer regelmäßiger zu Allparteienkoalitionen zusammenfinden, um jede Wende zu blockieren und den allgemeinen Abstieg, unter sich zuspitzender Ausnutzung der verbleibenden Staatsfinanzen für Klientelpolitik, zu verwalten.

Dass man von linker bzw. systemkonformer Seite das Programm der Remigration in die Nähe von verfassungs- oder menschenrechtsfeindlichen Bestrebungen stellen will, ist Rhetorik. Das Gegenteil ist der Fall: Remigration ist ein mustergültig systemerhaltendes Programm, denn es versucht ja gerade die Umwälzungen, die unsere Staaten erlitten haben, rückgängig zu machen. Das ist wichtig im Blick zu behalten, weil es einen auch davor bewahren sollte,

mit der Remigration von rechter Seite zu viele Hoffnungen jenseits dessen zu verbinden, was sie restaurierend leisten kann. Nur weil die Linken etwas derart verbissen bekämpfen, heißt das noch nicht, dass es ein besonders rechtes Programm wäre, und nur weil sich ein immer dysfunktionaleres System dagegen wehrt, heißt das nicht, dass es die Systemdefekte löst. Milton Friedman hat einmal drei Fragen aufgestellt, über die man sich bei jeder politischen Idee stets vergewissern sollte: 1. Zu welchen Kosten, 2. mit welchen historisch erfolgreichen Vorbildern, 3. unter welchen Korrekturmöglichkeiten operiert ein bestimmtes Programm?

Die 3. Frage ist einfach zu beantworten: Sollte Remigration mehr Nach- als Vorteile haben, kann man das Programm jederzeit wieder stoppen und die Eingangstüren wieder weit aufreißen. Die 2. Frage ist komplizierter, denn hier muss man anerkennen, dass die Genese der europäischen Nationalstaaten von erzwungener Eingliederung, Repression und Vertreibung (mit-)geprägt war, und umso sensibler reagiert bei dieser Thematik folglich die aktuelle Rechtsprechung (siehe etwa die Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland bzgl. ethnischer Diskriminierung von Staatsbürgern im Kontext von Remigrationsanreizen). Diese Diskussion will ich hier nicht führen und verweise auf Konzepte, die



Remigration will im Grunde die Gesellschaftsstruktur um ein bis zwei Generationen zurückkorrigieren, sie stellt das System des modernen pluralistischen Parteienstaates aber an sich nicht infrage.



aus guten Gründen kein nötiges Verhalten des Staates ggü. ethnisch Fremden mit deutschem Pass vorsehen. Entscheidend für die folgenden Ausführungen ist vielmehr die 1. Frage. Denn Remigration hat auch Fallen, und diese sollten nicht aus populistischen Motiven übergangen werden.

1. Remigration ist Staatsschutz,
aber noch keine Reconquista

Dass Remigration ein verfassungskonformes Programm ist, wofern sie sich a) auf die Abschiebung gefährlicher oder sonst wie problematischer Einwanderer, b) auf die Anweisung zur Ausreise von nur zeitlich geduldeten Ausländern oder c) auf die aus eigenem Antrieb wieder erfolgende Auswanderung von Eingebürgerten bezieht, steht rechtlich außer Streit. Sie ist also auch kein Programm, das eine Verfassungsänderung weg vom demokratischen Repräsentativsystem westlich-liberaler Prägung beinhaltet. Politischer ausgedrückt: Sie ist ein rechtsstaatliches, national-liberales Programm, kein verfassungspolitisches rechtes oder „reaktionäres“ Programm. Remigration will im Grunde die Gesellschaftsstruktur um ein bis zwei Generationen zurückkorrigieren, sie stellt das System des modernen pluralistischen Parteienstaates aber an sich nicht infrage.

Sie ist folglich ein Mittel, das dazu dienen soll, um den modernen Staat, mit dem wir alle schon großgeworden sind, so zu stabilisieren, dass er seine vielfältigen Aufgaben wieder wahrnehmen kann: damit die Sozialsysteme wieder funktionieren, damit es wieder eine bessere Sicherheitslage gibt, damit der Niedergang des öffentlichen Bildungswesens gestoppt wird usw. Ein Programm des Republiksschutzes also – und das ist auch völlig in Ordnung so! Darum haben die demokratischen Rechtsparteien die Remigration in ihre Programmatik aufgenommen,

weil es hier um genau die Themen geht, die der Bevölkerung richtig unter den Nägeln brennen. Das Versprechen ist, auf diese Weise wesentliche Missstände zu beheben. Dagegen ist nichts einzuwenden, Remigration ist ideologisch gut national-liberal, das können wir als Freiheitliche alle unterschreiben.

Aber nun ist es so, dass beim Remigrations-Programm oft mehr als das insinuiert wird. Es hätte ja gar nicht diese starke Wirkung auf die Menschen, wenn es nicht mit einem viel herzensnäheren Anliegen verbunden wäre, mit einer mythischen Energie gewissermaßen. Es schwingt nämlich stets das Versprechen mit, dass Remigration ein Programm zur Rettung des österreichischen Volkes überhaupt sei, bzw. des deutschen Volkes insgesamt und ebenso der europäischen Nachbarvölker. Genau das aber kann die Remigration nicht leisten, es ist ein illusorisches Versprechen. Remigration ist kein Programm von Volkstumspolitik, so etwas lässt der moderne Staat gar nicht zu (bzw. nur zum Schutz von volklichen Minderheiten, nicht aber zur Herrschaftsstabilisation einer volklichen Mehrheit). Remigration ist eben am Ende des Tages fast ausschließlich eine Thematik des Aufenthaltsrechtes.

Nun wird den Menschen aber die Idee vermittelt, dass man unsere Kultur, dass man unser Volk, dass man Österreich, dass man Deutschland etc. mit solchen Behördenakten retten kann. Mit dem Vollzug unserer Rettung werden also irgendwelche Beamten beauftragt, die stellen ein paar Millionen Bescheide aus, von Fall zu Fall schaut auch einmal ein Exekutivkommando bei jenen vorbei, die sich gegen ihre Ausreise sperren, schlussendlich aber werden einfach alle, die hier nichts verloren haben, außer Landes geschafft – und dann passt wieder alles, dann sind wir gerettet, ja wir müssen nur so und so viele raus-hauen und daraufhin ist wieder alles super! Und das stimmt halt hinten und vorne nicht. Das ist bloßer



Dorthin einfach nur zurückzukehren, ist bei näherem Hinsehen nicht unbedingt ein so wünschenswertes Szenario, sondern hat seine dystopischen Elemente. Eine geistige Reconquista wäre das jedenfalls in keiner Weise, sondern eher eine Zeitschleife.



Populismus, weil es dem Volk vermittelt: Du musst dich nicht ändern, du musst nur zur Urne gehen und uns halt deine Stimme reinhauen, wir machen es dann schon, simsalabim.

Auf dieser Ebene vermittelt Remigration der Bevölkerung die völlig falsche Anschauung, es könne beim Eigenen letztlich alles so weitergehen wie bisher, man könne sich weiterhin ganz dem gewohnten Konsumismus, Individualismus und Materialismus hingeben, weil der Staat, als ein Apparat von wohlfunktionierenden Behörden, schon dafür sorgen werde, dass bald die Straßen wieder sicher sind usw. Ja, dann kann man auch seine leicht bekleideten Töchter um 3 Uhr in der Nacht wieder herumstrawenzen lassen, alles wie gehabt!

Das ist genau das falsche Signal und führt uns nicht weiter. In dieser Hinsicht bedient das Programm der Remigration leider das liberalistische Ideal der Jahrtausendwende. Als wäre das ein Allheilmittel, verfolgen ihre Advokaten die fixe Idee, die Gesellschaft zurückzusetzen auf die ethnische Komposition der frühen 2000er-Jahre, oder wenigstens noch die Jahre 2015ff. rückabzuwickeln. Nun ist aber gerade die Zeit vor 2015 jene Ära in unserer Geschichte gewesen, die im Nachgang die linkste Gesellschaft aller Zeiten hervorgebracht hat. Diejenigen, die in den 2000er-Jahren geboren und sozialisiert wurden, sind heute zwischen 20 und 25, und das ist die woke Generation, die teilweise ja, reden wir kurz einmal Tacheles, völlig gestört im Schädel ist. Das kommt aber nicht von nirgendwo, sondern ist das Produkt genau jener hyper-liberalen Verhältnisse, in denen diese Generation großgeworden ist. Auch heute noch sind Demonstrationen grüner Feministinnen ja die weißesten Veranstaltungen, die man sich erdenken kann. Wie ein Mikrokosmos hat sich in diesen Milieus die angestrebte gesellschaftliche Zusammensetzung der frühen 2000er gleichsam erhalten.

Dorthin einfach nur zurückzukehren, ist bei näherem Hinsehen nicht unbedingt ein so wünschenswertes Szenario, sondern hat seine dystopischen Elemente. Eine geistige Reconquista wäre das jedenfalls in keiner Weise, sondern eher eine Zeitschleife. Der Glaube wiederum, dass es nach erfolgreicher Remigration das nächste Mal anders weitergehen würde als das letzte Mal, scheint mir auf einem gehörigen Missverständnis über die menschliche Natur zu beruhen.

2. Remigration blockiert den gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck

Um noch einen Schritt weiterzugehen: Wer für etwas kämpft, muss auch bereit sein, gegebenenfalls die Konsequenzen eines Sieges zu tragen. Auf diese ironische Wahrheit wird manchmal etwas zu leichtfertig vergessen. Bei der Remigration hieße zu siegen: ein Ende der ethnischen Konflikte auf unserem Staatsgebiet. Das ist sehr wünschenswert, bedeutet aber auch, dass der gerade beginnende Kulturkampf schnell wieder abgesagt sein wird und die üblichen sozial- und wirtschaftspolitische Themen wieder dominieren werden. Will man das? Die Rechte profitiert heute enorm vom Kulturkampf, weil sie die geistig gesunden Positionen vertritt. Die höhere Resilienz, die mit rechten Geisteshaltungen einher geht, ist ein Vorteil genau in jenen Zeiten, in denen es etwas härter zugeht, während federleichte linke Psychen in den sicheren Wohlstandszeiten ihr allerwohlrigstes Habitat haben.

Vielleicht sollte man ein wenig mehr Ruhe bewahren, denn es besteht auch in der aktuellen Lage aller Grund zur Hoffnung auf eine innere Erneuerung: Wir haben durchaus immer mehr Kinder im Regelschulalter, die heute völlig anders ticken als die linksliberal geprägten Vorgängergenerationen.



*Ohne Erfahrung des Fremden und des bedrohten Eigenen
hat die Rekonstitution eines eigenen Volkstums keinen Hebelpunkt.*



nen. Zuerst haben die Burschen, dem Testosteron sei Dank, den Schwenk gemacht, zunehmend erreicht der neue Geist aber auch die Mädchen. Hinzu kommt noch, dass die Kinder, die zurzeit in österreichische respektive deutsche Familien geboren werden, tendenziell rechts gesinnte Eltern haben, weil die Linksliberalen mittlerweile, anders als noch vor ein, zwei Generationen, erstmals selber keine Kinder mehr kriegen (sei es aus grün-ideologischen Gründen, sei es aus hedonistischen Lebensplanungen, feministischen Fehlkalkulationen, mangelnder Beziehungsbe-
reitschaft- oder Fähigkeit oder schlicht fehlender Heterosexualität).

Politische Einstellungen korrelieren nun aber mit bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen. Diese vererben sich, ebenso wie religiöse Prägungen, ziemlich stark. Das bedeutet, dass sich durch diesen nun beginnenden Selektionsprozess die Gesamtmenge der vererbten Charakteristika in unserer Gesellschaft zu verändern beginnt: Der Mensch der Zukunft wird in seiner Seelenstruktur konservativer, religiöser und definitiv recht kinderlieb sein, weil diese Merkmale die stärksten Indikatoren dafür sind, aktuell Kinder zu bekommen. Diese Kinder wachsen dann aber in einer Gesellschaft wie der unsrigen auf, in der zusätzlich ein permanenter äußerer Druck auf sie herrscht, teils seitens des noch eingesessenen linksliberalen Systems, teils seitens der kulturell fremden Massenmigranten. Während die neue Realität in der Erwachsenenwelt oft noch nicht angekommen ist, findet in der Generation der Jugendlichen längst ein Volkstumskampf statt, wo auch Gewalt vieler-



Der arabische Juwelier, Charles S. Pearce

orts an der Tagesordnung ist, in den Schulen und auf den Straßen, teils in Latenz, teil immer wieder an die Oberfläche brechend. Die Jugend merkt das! Junge Männer und Frauen erfahren heute eine kulturelle Differenz!

Genau diese Erfahrung von Differenz ist aber die Voraussetzung, sich als Teil einer ethnisch-solidarischen Gruppe begreifen zu können. Ein Volk ist eben nur dann ein politisch-historisch wirksamer Kraftfaktor, wenn es sich selber spürt, weil zum Volks-

tum weder das Zusammenwohnen auf irgendeinem Territorium hinlangt, noch ein gemeinsamer Staat, noch die uns mitgegebene Abstammung, sondern zu allem das gelebte Bekenntnis entscheidend ist. Dieses Bekenntnis wurde uns jahrzehntelang abtrainiert! Es kommt folglich nicht einfach so wieder, sondern muss erst neu geschaffen werden. Ich kann aber nicht einfach so und so viele Fremde von meinem Territorium schmeißen und dann meinen, diese Frage nach dem Eigenen gelöst zu haben. Ohne Konfliktlage hätte ich erst einmal nur wieder die modern sozialisierte Masse, für die in weiten Teilen der Begriff eines Volkstums an der Grenze zur Schandidee firmiert.

Wenn man also, wie die Remigration, eine gewisse äußerliche Homogenität im Staatsvolk wieder erzeugt, entfernt man damit die innerliche Notwendigkeit, die aus der Konfliktlage hervorgeht, sich wieder als Volk zu verstehen und solidarisch miteinander zu sein. Bei erfolgreicher Remigration mag es in ein bis zwei Generationen vielleicht überhaupt kein sich von der globalen Konsumgesellschaft noch abhebendes Volkstum mehr geben, weil es nie notwendig wurde,



Daher folgt in der Konsequenz: Remigration sollte erst geschehen, nachdem die Zukunftsfähigkeit des eigenen Volkes sich wieder herausgebildet hat.



wieder eines zu haben. Ohne Erfahrung des Fremden und des bedrohten Eigenen hat die Rekonstitution eines eigenen Volkstums keinen Hebelpunkt. Denn all die Gewaltakte, der Kulturverlust, all das ist der Amboss, auf dem aktuell die Solidaritäten geschmiedet werden. Jede Kraft erst bedingt die Gegenkraft.

Es ist und bleibt eine Illusion, dass man mit demokratischen Majoritätsbeschlüssen so etwas wie Volkstum und Solidarität erzeugen kann. Ein Gefühl des Zusammengehörens wird selbstverständlich nur durch Schicksalserfahrungen geschmiedet. Und es muss auch permanent geschmiedet werden, denn sonst fällt man je auch wieder auseinander, so gern setzt ja überall der Rost an. Jedes Hämmern ist aber völlig sinnlos, wenn es im luftleeren Raum geschieht. Wo auf der anderen Seite kein Amboss steht, haut man eben nur in die Leere. Die aktuellen Erfahrungen sind daher eine notwendige Wiederbegegnung mit der Realität einer Welt, die eben keine Kinderstube ist, sondern wo um Ressourcen gekämpft wird und um den Platz an der Sonne.

3. Remigration lenkt ab von der demographischen Aufgabe

Daher folgt in der Konsequenz: Remigration sollte erst geschehen, nachdem die Zukunftsfähigkeit des eigenen Volkes sich wieder herausgebildet hat. Gerade die Konvergenz der Krisen spornt uns dazu an, die eigenen Solidarsysteme wieder aufzubauen. Hierbei geht es aber gerade nicht um die staatliche Krankenkasse, das staatliche Pensionssystem, die staat-



Mutter mit Kind, Wilhelm Haller

liche Umverteilungsmaschinerie, all diese Bürokratien, bei denen ständig nur Gelder in der Gesellschaft hin und her verschoben werden, von gesund zu krank, von jung zu alt und von produktiv zu unproduktiv. Wenn Remigration dazu führen sollte, dass ein völlig fehlgeleitetes System wieder finanzierbar wird, dass alle Strukturfehler wieder mit Geld zugeschüttet werden können und jeder wieder in der Illusion lebt, es sich auf Kosten anderer gutgehen lassen zu können, dann ist Remi-

gration das allerschädlichste Programm, weil sie das, was nicht trägt und endlich grundreformiert werden müsste, vor dem Zusammenbruch rettet. Ohne eine Neuorientierung unseres Solidarsystems werden wir aber für das 21. Jahrhundert nicht gerüstet sein.

Die alles entscheidende Zukunftsfrage ist aber die der Fertilität. Unser aktuelles System sorgt dafür, dass das Individuum für seine private Lebensplanung keine Kinder mehr braucht, während wir alle in der Summe der Individuen in unserem Bestand sehr wohl vom gemeinsamen Kinderreichtum zukunftsabhängig sind – ein völlig kaputtes Anreizsystem ganz offenkundig. Das Ergebnis: Man kriegt eben keine Kinder mehr. Man heiratet auch vielfach nicht mehr (oder lässt sich wieder scheiden), weil man ja auch die Ehe nicht mehr braucht. Und man pflegt den größeren Familienverband nicht mehr wie früher, denn auch den braucht man nicht. Aber einst waren das alles ja soziale Institutionen, die hatten ja einen Sinn! Man hat Kinder bekommen, denn sonst wäre man im Alter nicht versorgt gewesen. Man hat geheiratet, weil das noch die Voraussetzung der geschlechtlichen Verbindung war und den wirtschaft-



*Ist das Ziel wirklich wieder nur jene buntscheckige liberale Demokratie,
in der jeder seine privaten Werte haben und sein Minimundusleben führen darf?*



lichen, sozialen und rechtlichen Status bestimmt hat. Man hat auf seine Sippe geachtet, weil es einen Zusammenhalt gab. Wenn jemand krank wurde, hat man einander noch gepflegt. Und wenn einer einmal ein schlechtes Jahr hatte, hat man ihm unter die Arme gegriffen.

Diese organischen Strukturen haben wir allesamt durch einen staatlichen Wahn ersetzt – durch den Sozialstaat, der alle natürlichen Institutionen dadurch zerstört hat, indem er ihnen ihre Aufgaben weggenommen hat. Alle Solidarsysteme hat der Staat nacheinander an sich gerissen und bestraft nun finanziell die, die jene pflichtintensiven Strukturen nach wie vor privat leben. Denn aus den Taschen derer, die ein gutes und funktionierendes Leben zustande bringen, wird ja umverteilt! Wer etwas aufbaut und vortrefflich ist, wird ausgeplündert. Die Arbeit bleibt individuell, der Profit wird vergesellschaftet – die größte Umverteilungskampagne der Geschichte, die dafür gesorgt hat, dass Kinder von der besten Zukunfts-investition zur Armutsfalle geworden sind.

Dieses System aber bringt uns kollektiv um. Und die Lösung ist nicht ein Mehr an vermeintlichen staatlichen Wohltaten, denn diese Wohltaten substituieren die natürliche Funktion der organisch gewachsenen Strukturen, von der Ehe über die Familie bist zu Sippe und Volk. Das Eine davon verrechtlicht der Staat und entstellt es in permanenter Rechtsfortbildung bis zur Unkenntlichkeit, das Andere löst er auf und ersetzt es durch seine eigenen immer bürokratischeren Systeme. Er kennt eben am Ende des Tages nur die Gleichheit der rechtunterworfenen Individuen. Remigration ist aber das Programm,

nun genau diesen modernen Nationalstaat in seinem Bestand erstmal zu retten – und damit die Bequemlichkeit der Konsumidylle der 2000er, als man nicht wehrhaft zu sein brauchte, sich nicht kulturell bilden musste, ja überhaupt nichts eine Rolle spielte, was mit ideeller Gemeinschaft zu tun hat, die eben auch einmal Opfer verlangt. Ist das Ziel wirklich wieder nur jene buntscheckige liberale Demokratie, in der jeder seine privaten Werte haben und sein Minimundusleben führen darf?

An der schönen Patina kratzen und die Morschheit dieses ganzen Baus anprangern, das dürfen heute nur mehr die Toten. Als Relikte aus dem Bücherschrank hören wir sie noch, hören wir Platon und die vielen anderen, wie sie zu uns Nachgeborenen reden und unsere Verfassung in den Staub werfen – aber wehe man nimmt sie auch ernst! Der Verfassungsschutz jagt auch heute alle Sokratesse, daran besteht kein Zweifel. Und so verbietet es sich, die himmelschreienden Zustände dieser sogenannten Demokratie zu kritisieren, ja sie gar mit den höheren Verfassungsformen zu vergleichen. Kein Wunder, dass man weder an unserem System noch an dem demokratischen Menschentypus, den es hervorbringt, allzu viel Kritik vernimmt.

Wahr ist: Wir leben längst in post-demokratischen Zeiten. Wahr ist auch: Remigration kann uns zurückführen in den demokratischen Nationalstaat. Das ihm einwohnende Problem der medial gelenkten Massendemokratie und der ewigen Degeneration nach links, behebt sie aber nicht. Das Ziel einer tiefergehenden Reconquista aber darf ihretwegen nicht aus den Augen verloren werden.

Charlie Kirk, RIP

Von Annika Stahn



Charles James Kirk (1993–2025) war wohl der einflussreichste konservative Aktivist unserer Generation: vielgehört als Podcaster, ein leidenschaftlicher Diskutant, MAGA-Vorkämpfer und wichtiger Impulsgeber für die republikanische Doppelspitze D.J. Trump und J.D. Vance, die er die „Leibwächter der westlichen Zivilisation“ nannte.

Schon mit 18 Jahren hatte Charlie Kirk die Organisation *Turning Point USA* (TPUSA) gegründet, mit der er sich zum Ziel setzte, die Studenten an den immer linken Hochschulen wieder für rechte Prinzipien zu mobilisieren. Er trat dabei für ein Amerika ein, das auf biblischen Grundwerten basieren sollte, für eine „monotheistische Nation“, in der die christliche Ethik die beste Lebensführung darstellt. In diesem Zusammenhang mobilisierte er auch konservative Kirchengemeinden, um die woke Ideologie von den Kanzeln zu vertreiben und Christen wieder politisch aktiv zu machen.

Er selbst gehörte zum evangelikalen Zweig des Christentums. Hier ist zu erwähnen, dass in den USA die traditionellen protestantischen Konfessionen, also etwa Presbyterianer, Kongregationalisten, Lutheraner etc. einen kontinuierlichen Niedergang durchlaufen haben, im Zuge dessen sie theologisch immer linksliberaler geworden sind, während konservative Christen diese Kirchen verließen und neue Gemeinden gegründet haben. Diese neuen evangelikalen Gruppen leiden aber unter einem Mangel an kirchlicher Tradition – man denke an fatale Auswüchse wie die sogenannten „Megachurches“ – was, neben katholischer Einwanderung, die Ursache dafür ist, dass der Katholizismus in den USA als konservative Alternative im Aufstieg begriffen ist.

Charlie Kirks Leben war mit seinem christlichen Glauben und dem evangelikalen Sendungsbewusstsein jedenfalls tief verwoben. Hinzu kamen aber auch klassisch amerikanisch-libertäre Positionen wie das Eintreten für eine Begrenzung der Regierungsmacht, für persönliche Verantwortung und für freie Marktwirtschaft. Er warnte vor der Indoktrination durch linke Professoren, rüstete junge Menschen mit Faktenwissen und Selbstbewusstsein aus. Er war dabei ein leidenschaftlicher Patriot, erkannte die Massenimmigration als Bedrohung, bekämpfte den Großen Austausch, den Kulturmarxismus, den LGBTQ-Aktivismus, die Kritische Rassentheorie, den Globalismus, das Klimaregime und die Covid-Biopolitik. Er warnte schon früh z.B. vor dem sozialistischen Antisemiten Zohran Mamdani, aber auch vor dem übergroßen Einfluss israelischer Lobbygruppen auf die US-Politik. Er widerlegte die Geschlechterideologie und propagierte gesunde traditionelle Rollenbilder in Ehe, Mutter- und Vaterschaft.

Donald Trump verlieh dem „legendären“ Charlie Kirk postum die *Presidential Medal of Freedom*, nachdem jener bei einem Campus-Event in Utah auf brutale Weise vor aller Augen erschossen worden war – während er genau das tat, wofür er immer einstand: offen Debattieren, ohne Angst! Sein Tod jagte eine Schockwelle durch die politische Landschaft der USA. Erika Kirk versprach, das Lebenswerk ihres verstorbenen Mannes weiterzuführen: den Kampf für ein Amerika, das stolz, gläubig und frei ist, wo Gott und die Verfassung über die linken Ideologien siegen. Sein Vermächtnis ist eine Generation junger Konservativer, die nicht mehr schweigt.



Praxis

Bruno Wolters

Demographie!

Wenn der Kreißsaal dem Operationssaal weicht



Mit der beschwichtigenden Formel „Die Rente ist sicher!“ reagierte der damalige CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm im Jahr 1986 auf die ersten kritischen Stimmen zur demographischen Entwicklung. Schon damals steckte in diesem Satz eine eigentümliche Mischung aus trotzigem Optimismus und politischem Kalkül. Vier Jahrzehnte später klingt er wie ein Echo aus einer vergangenen Welt.

Was einst als vorübergehende Herausforderung erschien, hat sich längst zu einem strukturellen Problem von existenzieller Tragweite entwickelt. Wir erleben in der gesamten westlichen Welt (und sogar schon darüber hinaus) eine tektonische Verschiebung der Bevölkerungsstruktur, die weit über die Pensionskassen hinausreichende Konsequenzen hat und die Grundlagen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur berührt. Insbesondere das System des Umlageverfahrens – sowohl in Deutschland als auch in Österreich staatlich oktroyiert –



Wir erleben in der gesamten westlichen Welt (und sogar schon darüber hinaus) eine tektonische Verschiebung der Bevölkerungsstruktur, die weit über die Pensionskassen hinausreichende Konsequenzen hat und die Grundlagen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur berührt.



beruht auf einem einfachen, aber fragilen Prinzip: Die arbeitende Generation trägt die Ruheständler. Solange es genügend Einzahler gibt, die den Strom der Pensionsgelder sichern, bleibt das System stabil. Doch diese Stabilität erodiert. Die Zahl der Beitragszahler schrumpft, während die Zahl der Empfänger unaufhaltsam steigt. Laut Statistik Austria könnten im Jahr 2050 etwa 28 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein – ein Anstieg um fast acht Prozentpunkte gegenüber heute.

Dies sind keine abstrakten Projektionen mehr, sondern nüchterne Realitäten. Die Gesellschaft altert in einem Tempo, das ihre sozialen, ökonomischen und politischen Grundlagen verändert. Die entscheidende Frage lautet daher nicht mehr, wie das Pensionssystem reformiert werden kann, sondern was geschieht, wenn die demographische Schieflage die Struktur des Gemeinwesens selbst unterminiert. Die größte Gefahr droht dabei nicht allein aus der Finanzierungslogik der Sozialsysteme, sondern aus den Märkten selbst. Denn Angebot folgt der Nachfrage. Besteht die dominierende Konsumgruppe einer Gesellschaft aus älteren Menschen, verändert sich das gesamte wirtschaftliche Gefüge. Reisebüros werben dann mit Seniorenreisen statt mit Familienurlaube, Pharmaunternehmen investieren in Beta-blocker statt in Hustensaft für Kinder, und Kliniken richten neue Operationssäle für Hüftgelenke ein, während Geburtsstationen schließen.

So einfach diese Marktlogik auch ist, so verheerend sind ihre kulturellen Folgen. Die Gesellschaft produziert, was sie konsumiert – und wenn sie keine Kinder mehr hat, produziert sie sich schließ-

lich selbst zu Ende. Warum sollte ein junger Arzt noch Kinderarzt werden, wenn es sich „nicht mehr lohnt“? Warum sollten Hebammen ihren Beruf ausüben, wenn die Nachfrage schwindet? Und warum sollte eine Gemeinde eine Schule erhalten, in der keine Kinder mehr eingeschult werden? Wenn wirtschaftliche Rationalität über kulturelle Notwendigkeit siegt, wird das Leben selbst zum Kostenfaktor.

Ein Lehrstück des Marktes

Ein Blick in die Kulturindustrie zeigt, wie erbarungslos Marktmechanismen wirken können. Als der Spielehersteller Blizzard im Jahr 2018 den Nachfolger seiner „Diablo“-Reihe präsentierte, erwarteten Millionen Fans ein PC-Spiel – doch sie bekamen ein Handyspiel. Der Grund war eine Kooperation mit dem chinesischen Konzern NetEase: Man wollte den riesigen mobilen Gaming-Markt Chinas erobern. Das Produkt orientierte sich folglich nicht an den treuen Spielern in Europa und Nordamerika, sondern an der größten Konsumgruppe in China – und enttäuschte somit jene, die das Unternehmen bisher unterstützt hatten.

Dieses Prinzip gilt universell. Hollywood verlegt Szenen nach China, Streamingdienste passen Inhalte an asiatische Märkte an und europäische Unternehmen richten sich nach globalen Investoren statt nach lokalen, regionalen und nationalen Bedürfnissen. Wo die Nachfrage schwindet, versiegt am Ende auch die Kultur. Übertragen auf die Demographie bedeutet das: In einer alternden Gesellschaft richten sich alle Lebensbereiche nach den Bedürfnissen



Wo keine Kinder mehr geboren werden, wird auch nicht mehr in Generationen gedacht. Der Markt reagiert hier nicht moralisch, sondern mechanisch. Wenn sich Angebot und Nachfrage nach dem Alter richten, verliert die Jugend ihren Ort.



der älteren Generation aus. Die Jugend wird ökonomisch zur Randerscheinung und kulturell unsichtbar.

Doch was, wenn Oma Erna nicht mehr konsumiert? Was, wenn die alternde Gesellschaft selbst verarmt? Wenn Pensionisten aufgrund schwindender Einkünfte und schrumpfender Ersparnisse nicht mehr konsumieren können, bricht die Binnenkaufkraft ein – und damit die Basis der Volkswirtschaft. Ein Land kann zwar zeitweilig vom Export leben, aber nicht dauerhaft ohne eine starke eigene Nachfrage. Altersarmut wird dann nicht nur zum individuellen Schicksal, sondern auch zum volkswirtschaftlichen Risiko. Wenn ein Drittel der Bevölkerung seinen Konsum einschränken muss, entsteht kein Wachstumsstau, sondern ein struktureller Stillstand.

China zeigt bereits, wohin dieser Weg führt. Denn das dortige Wirtschaftswunder stößt mittlerweile an demographische Grenzen: Die Bevölkerung altert, der Binnenkonsum stagniert, weil der Mittelstand lieber spart, die Immobilienblase platzt und die Wachstumsdynamik erlahmt. Ein ähnliches Szenario droht auch in Deutschland und Österreich, wobei es einen entscheidenden Unterschied gibt: Viele Pensionisten können hierzulande gar nicht konsumieren, selbst wenn sie wollten. Die Folge ist ein ökonomischer Rückzug in Zeitlupe.

Aber die ökonomischen Folgen des Alterns sind nur die Oberfläche einer tiefergehenden Transformation. Wenn Kreißsäle geschlossen, Kinderärzte überflüssig und Grundschulen zusammengelegt werden, dann verschwinden nicht nur Institutionen, sondern auch Zukunftsräume. Wo keine Kin-

der mehr geboren werden, wird auch nicht mehr in Generationen gedacht. Der Markt reagiert hier nicht moralisch, sondern mechanisch. Wenn sich Angebot und Nachfrage nach dem Alter richten, verliert die Jugend ihren Ort. In der Folge verschiebt sich auch das politische Gleichgewicht, denn eine alternde Wählerschaft setzt andere Prioritäten als eine junge. Kein Bürgermeister riskiert seine Wiederwahl, indem er eine Grundschule erhält, wenn er dafür die zweite Augenarztpraxis schließen müsste. Kein Kanzler kürzt die Pensionen, wenn die Mehrheit der Wähler davon lebt. So wird der demographische Wandel selbst zum Motor seiner eigenen Beschleunigung – und die Demokratie, die ursprünglich als Ausgleich zwischen den Generationen gedacht war, kippt in die Herrschaft der demographischen Mehrheit.

Die Kurzfristigkeit parlamentarischer Politik verschärft diese Dynamik. Der Takt von Legislaturperioden, Umfragen und Karrieren lässt keinen Raum für langfristige Strategien. Die Schuld liegt hier nicht allein bei den Älteren. Sie ist Ausdruck eines Systems, das Profit, Bequemlichkeit und kurzfristigen Nutzen über Dauer, Ordnung und Verantwortung stellt. Viele Jahrzehnte politischer Passivität haben den Handlungsspielraum nahezu aufgebraucht. Die demographische Krise ist nicht plötzlich über uns hereingebrochen, sondern das Resultat einer Kultur, die das Morgen gegen das Heute eingetauscht hat.

Eine Politik, die diesen Trend umkehren will, muss den Mut haben, gesellschaftliche Notwendigkeiten über ökonomische Rentabilität zu stellen. Das bedeutet nicht Planwirtschaft, sondern Prioritätensetzung: Der Staat muss in jenen Bereichen steuernd



*Die Geburtenrate ist mehr als eine Zahl – sie ist Ausdruck
des Vertrauens in die Zukunft. Wenn dieses Vertrauen schwindet,
helfen keine Quoten und keine Programme.*



eingreifen, die über die bloße Effizienz hinaus das Überleben des Gemeinwesens sichern, beispielsweise in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Familie. Ein Beispiel hierfür liefert die steirische FPÖ unter Landeshauptmann Mario Kunasek. Sie widersetzte sich der von ÖVP und SPÖ geplanten Zentralisierung der Krankenhäuser und verteidigte die regionale Versorgung. Diese Entscheidung war kein populistisches Manöver, sondern Ausdruck politischer Vernunft, denn Bürgernähe, Familienfreundlichkeit und Verantwortung sind mit den Maßstäben betriebswirtschaftlicher Zentralisierung nicht vereinbar. Politik, die sich an der Lebenswirklichkeit orientiert, ist nicht rückwärtsgewandt, sondern zukunftsweisend.

Internationale Vergleiche lehren, dass Geld allein keine Kinder schafft. Weder in Ungarn noch in Polen konnten großzügige Förderprogramme die Geburtenraten nachhaltig erhöhen. Interessanter ist das Beispiel Südkoreas: Landesweit liegt die Geburtenrate unter 1,0, doch in dem neuen Hauptstadtbezirk Sejong, in dem viele Staatsbedienstete arbeiten, ist sie deutlich höher. Der Grund liegt laut Forschern auf der Hand: Es gibt sichere Arbeitsplätze, geregelte Arbeitszeiten und keine Karrierenachteile für Mütter. Wo der Staat Stabilität bietet, entsteht Raum für Familie. Das ist ein großer Unterschied zur kalten und familienunfreundlichen Privatwirtschaft Südkoreas: Wer dort schwanger wird, muss auf eine Beförderung oder sogar auf eine Einstellung verzichten.

Für Europa könnte dies bedeuten, dass die Rolle der Familie – und insbesondere die der Mutter – in der Gesellschaft wieder gestärkt werden muss. Es ist keine Emanzipation, Frauen nach der Geburt eines

Kindes einen Lohnarbeitszwang aufzuerlegen. Eine Gesellschaft, die Familie als Last betrachtet, verliert den Sinn ihrer eigenen Zukunft. Nicht Subvention, sondern Sicherheit schafft Leben.

Migration als begrenzte Antwort

Die Frage bleibt, ob Zuwanderung die demographische Krise mildern kann. Die Antwort fällt ernüchternd aus: nicht in der Form der letzten Jahre. Eine ungesteuerte Masseneinwanderung führt zu neuen Spannungen und gerade nicht zu Stabilität. Benötigt wird eine kontrollierte, funktionale Einwanderung nach dem Vorbild Singapurs oder Japans: begrenzt, qualifiziert und zielgerichtet. Sie kann ökonomische Lücken füllen, aber keine kulturelle Leere. Denn ein Volk lässt sich nicht ersetzen. Die Geburtenrate ist mehr als eine Zahl – sie ist Ausdruck des Vertrauens in die Zukunft. Wenn dieses Vertrauen schwindet, helfen keine Quoten und keine Programme.

Schon die Römer fürchteten, dass eines Tages niemand mehr übrig sein könnte, um die Ahnen zu ehren. Diese Furcht war keine Sentimentalität, sondern staatsphilosophische Klarsicht. Ein Volk, das keine Kinder mehr hat, verliert nicht nur seine Zukunft, sondern auch sein Gedächtnis.

Noch ist Zeit, denn die Zahlen sind zwar ernüchternd, aber noch nicht endgültig. Eine Gesellschaft, die ihre Schwächen erkennt, kann handeln – wenn sie den Mut hat, sich selbst wieder ernst zu nehmen. Es geht nicht um Wachstum, sondern um Bestand. Deutschland und Österreich stehen an einem Scheideweg: Gelingt es, die demographische Balance wiederzufinden, kann aus der Krise eine Erneuerung entstehen.



Kai-Uwe Hülss

Quo vadis, USA?

Ein Kulturkampf, der keine Gefangenen mehr macht



Vor zehn Jahren betrat der damalige Immobilienmogul und Reality-TV-Star Donald J. Trump die politische Bühne. Seitdem hat er mit zahlreichen jahrzehntelang eingeübten Gepflogenheiten gebrochen und die Sagbarkeitsgrenzen im politischen Diskurs ausgedehnt. Doch auch die Öffentlichkeit setzte andere Maßstäbe an den MAGA-Republikaner an. Exemplarisch sei erwähnt, dass Trump die übliche 100-Tage-Schonfrist, bei der sich neue politische Amtsinhaber einarbeiten und erste Erfolge verbuchen können, nicht gewährt wurde.

Als Trump am 20.1.2017 erstmals in das Amt des Präsidenten eingeführt wurde, folgten tags darauf landesweite Massenproteste. Am sogenannten „Women’s March“ in Washington nahmen Schätzungen zufolge 500.000 Personen teil. In Los Angeles versammelten sich 750.000 Demonstranten. Den von regionalen Gruppen dezentral organisierten Protesten folgten im gesamten Land vier bis fünf Millionen US-Amerikaner, um ihren Unmut gegenüber der ihrer Meinung nach frauenfeindlichen Haltung des neugewählten Präsidenten auszudrücken.

Diesen bis dato größten Demonstrationen in der US-amerikanischen Geschichte folgte eine erste Amtszeit Trumps, die von stetigen Protesten gegenüber der politischen Entwicklung des Landes begleitet war. Gegen Polizeigewalt wurde ebenso protestiert wie gegen das Einreiseverbot bzgl. Personen aus mehreren mehrheitlich muslimischen Ländern. Erstere Demonstrationen spitzten sich sogar über die USA hinaus nochmals zu, als im Jahr 2020 der Afroamerikaner George Floyd bei seiner Festnahme ums Leben kam. All die Proteste sowie die Berichterstattung der etablierten Medien über die erste

Amtszeit Trumps erweckten den Anschein, als würde es sich bei seiner Präsidentschaft um eine Ausnahme handeln, um eine historische Anomalie. Der Wahlsieg von Joseph R. Biden im Jahr 2020 schien dieses Gefühl zu bestätigen.

Doch Wahrnehmungen können trügerisch sein. Joe Biden agierte zwar laut Barack Obama als der „progressivste Präsident“ in der Geschichte der USA. Eine liberale Gesellschaftspolitik sowie die stärksten monetären Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels, die auch von Klimastreiks begleitet wurden (wenngleich im Vergleich zu europäischen Ländern in der Höhe der Teilnehmerzahl kleiner), sind exemplarisch zu nennen. Bidens Politik bestätigte die in Trumps erster Amtszeit geäußerten Anliegen der Demonstranten und die Meinung vieler Medienvertreter.

Doch die US-amerikanischen Wähler honorierten diese Politik der Demokratischen Partei bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2024 keineswegs. Im Gegenteil: Trump gewann das Weiße Haus zurück und seine Republikanische Partei holte sich Mehrheiten in beiden Kammern des U.S. Kongres-



Donald Trump, 2010er-Jahre



*Die Gesellschafts- und Migrationspolitik
soll radikal verändert, der Verwaltungsapparat abgebaut
und die Exekutivgewalt ausgeweitet werden.*



ses. Die erste Präsidentschaft Trumps war also keine Ausnahmeerscheinung. Doch wie stark, wie nachhaltig ist dieser politische Wandel wirklich?

Der Umbau: erst die Partei, nun das Land

Mit Trumps Wahlsieg im vergangenen Jahr, bei dem neben dem bestimmenden Electoral College übrigens auch von allen abgegebenen Wählerstimmen eine Mehrheit auf den Republikaner entfiel, zog nach Grover Cleveland im Jahr 1893 erst zum zweiten Mal in der Geschichte der USA ein ehemaliger Präsident nach vierjähriger Unterbrechung wieder in das Weiße Haus ein. Im Gegensatz zu seiner ersten Amtszeit war Trump diesmal deutlich besser auf die Übernahme der Regierungsgeschäfte vorbereitet.

Der Plan „Project 2025“ der konservativen *Heritage Foundation* dient dabei als Blaupause für die Umgestaltung des Landes: Die Gesellschafts- und Migrationspolitik soll radikal verändert, der Verwaltungsapparat abgebaut und die Exekutivgewalt ausgeweitet werden. Letzteres ist im ersten Jahr der zweiten Amtszeit Trumps durch eine massive Ausweitung von Anordnungen des Präsidenten erkennbar. Während Obama in den acht Jahren seiner Präsidentschaft insgesamt 276 Dekrete unterzeichnete und Biden in vier Jahren 160 solche Anordnungen veranlasste, kam Trump in den ersten zehn Monaten seiner zweiten Amtszeit bereits auf 210 Durchführungsverordnungen. Dies sind nahezu so viele wie in seiner gesamten ersten Amtszeit.

Zur Verwirklichung des Umbaus der Vereinigten Staaten hat Präsident Trump, anders als in seiner ersten Amtszeit, nahezu ausschließlich enge Vertraute in die Regierung berufen. Politiker mit traditionellen republikanischen Ansichten finden unter dem 47. Präsidenten kein Gehör mehr. Eine thematische Neuausrichtung der Republikanischen Partei

ist die Folge. Unter der Dominanz der MAGA-Bewegung ist die Partei nunmehr explizit dem Freihandel ebenso wenig wohlgesonnen wie internationalen Organisationen, multilateralen Vereinbarungen oder einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik zur Bewahrung liberaler Demokratien. Mit seiner Fundamentalkritik am sogenannten Establishment und seinem wirtschaftspolitischen Etatismus hat Trump die Republikaner zudem zur neuen Arbeiterpartei ausgerichtet.

Bei der Neuausrichtung der *Grand Old Party* kann Präsident Trump auf eine Generation von Republikanern zurückgreifen, die sich während der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und den folgenden Jahren politisiert hat. Erinnert sei an dieser Stelle an die Auflage von massiven Konjunkturprogrammen unter den Präsidenten George W. Bush und Barack Obama zur kurzfristigen Rettung zahlreicher Banken und Unternehmen sowie zur mittelfristigen Schaffung verloren gegangener Arbeitsplätze. Fiskalkonservative und Libertäre sprachen sich damals lautstark gegen die Staatshilfen aus. Es war die Geburtsstunde der *Tea Party*, einer zunächst recht libertären und später von erzkonservativen Aktivisten dominierten Graswurzelbewegung, die innerhalb kürzester Zeit zahlreiche Mitglieder in die Parlamente versendete. Aus der *Tea Party* ging ab 2015 Trumps *Make America Great Again*-Bewegung hervor. Mit Außenminister Marco Rubio, Justizministerin Pam Bondi und Heimatschutzministerin Kristi Noem gehören prominente Vertreter der *Tea Party* in leitenden Funktionen der zweiten Trump-Administration an.

Die Entstehung der *Tea Party* und deren Fundamentalopposition, die das republikanische Establishment teils geradezu in Geiselschaft nahm, forderte das politische System, das auf eine Zusammenarbeit zwischen den Parteien ausgerichtet ist, heraus



*Zur Verwirklichung des Umbaus der Vereinigten Staaten
hat Präsident Trump, anders als in seiner ersten Amtszeit,
nahezu ausschließlich enge Vertraute in die Regierung berufen.*



– eine fatale Entwicklung der politischen Polarisierung in den USA, die schon in den Jahrzehnten zuvor kontinuierlich angestiegen war. Die Republikanische Partei rückte sehr viel stärker nach rechts, die Demokratische Partei nach links. Eine Studie des *Pew Research Center* untermauert diesen Trend: Waren in der Legislaturperiode 1971/72 noch 160 Abgeordnete mit moderaten politischen Einstellungen am Capitol Hill vertreten, ist dies gegenwärtig 2025/26 nur noch bei rund zwei Dutzend Mitgliedern des U.S. Kongresses der Fall.

Es geht ums Ganze: Freund oder Feind?

In der Ära Trump hat sich die politische Sprache der politischen Parteien verhärtet. Mitbewerber werden sogar als „Feinde“ deklariert, teilweise juristisch verfolgt. Eine Einigung zwischen den Parteien bei wichtigen Themen wie der Finanzierung der Regierungsgeschäfte gestaltet sich unter diesen Umständen immer häufiger als herausfordernd. Dauerte der „Government Shutdown“ unter Präsident Obama im Jahr 2013 noch 16 Tage an, konnte man sich fünf Jahre später erst nach 35 Tagen auf einen Kompromiss einigen. Anfang November 2025 war die Uneinigkeit zwischen Demokraten und Republikanern gar so groß, dass es bis Ende des Redaktionsschlusses dieses Beitrags als wahrscheinlich gelten kann, dass es in diesem Jahr zur längsten derartigen Blockade in der US-Geschichte kommt.

Die politische Polarisierung überträgt sich ebenso auf die Gesellschaft. Gut erkennbar ist dies an den Zustimmungswerten von US-Präsidenten. Der letzte Commander-in-Chief, dem die Mehrheit der Bevölkerung ein positives Arbeitszeugnis ausstellte, war Präsident Obama. Die Zustimmungswerte von dessen Nachfolgern Trump, Biden und erneut Trump liegen und lagen konstant unter der Marke

von 50%. Zustimmung gibt es mittlerweile hauptsächlich nur noch vom eigenen Wählerklientel.

Diese Entwicklung hat zur Folge, dass Wahlen heutzutage kaum noch in der politischen Mitte sowie bei den unabhängigen Wählern entschieden werden. Vielmehr muss primär die eigene Basis mobilisiert werden. Dies erfolgt durch Zuspitzung, Polarisierung und nicht zuletzt durch eine exorbitant gestiegene Verbreitung von Halbwahrheiten und Falschnachrichten. Hilfreich sind dabei parteiische Medien: In konservativen und rechten Medien werden oftmals andere Themen priorisiert oder Nachrichten anders dargestellt als dies bei liberalen und progressiven Medien der Fall ist. Mediale Parallelwelten sind entstanden. Der Aufstieg des Privatfernsehens in den 1980er- und 1990er-Jahren und der Sozialen Medien seit der Ära Obama intensivierten diese Entwicklung.

Im Zeitalter von Instagram, TikTok und Podcasts profitierten zunächst Demokraten von den neuen Möglichkeiten. Obama dominierte im Wahlkampf 2008 Facebook, vier Jahre später den Kurznachrichtendienst Twitter. Letztgenanntes Medium wusste Trump mit seinem politischen Eintritt 2015 so gut wie kein anderer Politiker zu nutzen. Mit andauernden zugespitzten, polarisierenden Posts beherrscht(e) Trump damals wie heute (nunmehr auf seiner eigenen Plattform „Truth Social“) auch die Schlagzeilen der traditionellen Medien – on- wie offline.

Dominierten Demokraten insbesondere seit der Ära Obama die veröffentlichte Meinung, haben Republikaner ihren einstigen Wettbewerbsnachteil mittlerweile in das Gegenteil verkehrt. Laut einer Erhebung der progressiven Watchdog-Organisation *Media Matters for America* prägen nämlich nunmehr rechte Aktivisten die Medienwelt, die vornehmlich nicht mehr im linearen Fernsehen, sondern



Der 47. US-Präsident begründet seine Einstellung gegenüber der Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik mit einer America First-Politik, die auch im Inneren zu einem Wandel führen soll.

Der politische Wandel ist jedoch kein alleiniges Phänomen der USA, sondern ist in vielen Ländern der westlichen Hemisphäre erkennbar. Die Jahre der Woke Culture sind vorbei.



in den sozialen Medien und in Podcasts vonstattegeht. Progressive Podcaster laufen mittlerweile unter ferner liefen. Der Bedeutungsverlust progressiver Medien geht mit der Krise der Demokratischen Partei einher. Entstanden ist ein Machtkampf hinsichtlich der politischen Ausrichtung der Partei, der seit der Wahlniederlage von Hillary Clinton im Jahr 2016 andauert.

Denn auch die Demokratische Partei ist nicht immun gegen radikale Kräfte in ihren eigenen Reihen. War die *Tea Party* die Antwort auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. von Seiten des rechten politischen Spektrums, entstand von Links die *Occupy Wall Street*-Bewegung. Auf deren Welle ritt für seine Verhältnisse vergleichsweise erfolgreich der Sozialist Bernie Sanders durch die demokratischen Präsidentschaftsvorwahlen 2016 und 2020. Sanders war damit der Wegbereiter späterer Erfolge von radikalen Linken wie Alexandria Ocasio-Cortez, die sich ähnlich skeptisch gegenüber Freihandel und dem Establishment äußern wie MAGA-Republikaner. Die Präsidentschaftswahl 2028 wird auch über die Ausrichtung der Demokraten entscheiden.

Konklusion

Mit der Rückkehr von Trump in das Weiße Haus vollzog sich ein grundlegender politischer und kultureller Wandel in den Vereinigten Staaten von Amerika. Stieg einst der Neoliberalismus unter

Präsident Ronald Reagan zur herrschenden Wirtschaftsform in den USA und damit in der freien westlichen Welt auf, gilt laut dem Historiker Gary Gerstle von der Cambridge University Barack Obama als der letzte neoliberale US-Präsident. Mit seinem Skeptizismus gegenüber dem Freihandel, den Präsident Joe Biden weitestgehend fortführte, wandte sich Donald Trump schon in seiner ersten Amtszeit gegen die Grundsätze des Neoliberalismus. In den ersten Monaten seiner zweiten Amtszeit positionierte er sich ganz grundlegend gegen die Paradigmen des Globalismus. Der 47. US-Präsident begründet seine Einstellung gegenüber der Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik mit einer *America First*-Politik, die auch im Inneren zu einem Wandel führen soll.

Der politische Wandel ist jedoch kein alleiniges Phänomen der USA, sondern ist in vielen Ländern der westlichen Hemisphäre erkennbar. Die Jahre der *Woke Culture* sind vorbei. Doch eine *Cancel Culture* von rechts, wie gegenwärtig von Präsident Trump propagiert, wird nur die Gegenseite radikalisieren und mobilisieren. Die *No Kings*-Proteste vom Oktober 2025 riefen schon bis zu sieben Millionen US-Amerikaner auf die Straßen. Damit fanden erneut in der Ära Trump die bis dato größten Demonstrationen in der Geschichte der USA statt. Der politische und kulturelle Wandel in den USA ist real. In welche Richtung dieser letzten Endes führend wird, bleibt weiterhin offen.

Lukas Mitteregger

Land der Waffen(besitzkarten)

Zur Waffengesetzverschärfung in Österreich



Als am Vormittag des 10. Juni 2025 gegen 10 Uhr erste Meldungen bei den Sicherheitsbehörden eintreffen, dass im BORG Dreierschützengasse ein möglicher Amoklauf im Gange ist, wird seitens der Polizei umgehend reagiert. Sechs Minuten später treffen die ersten Beamten ein, rund zwei Minuten danach wird das Gebäude von Polizeieinheiten gestürmt. Der Täter wird um 10:13 Uhr in einem Toilettenraum tot aufgefunden, zuvor hatte er sich dort selbst gerichtet.

Durch diese für ganz Österreich unfassbare Tat wurden neun Schülerinnen und Schüler sowie eine Lehrerin aus dem Leben gerissen. Die Tragödie löste eine Debatte über eine Verschärfung des Waffenrechts in Österreich aus, die schon wenige Stunden nach der Tat begann und in den kommenden Tagen die Medien beherrschen sollte.

Spätestens seit dem Jahr 2015 steigt in Österreich die Anzahl der Waffenbesitzer und damit auch die der Waffen in Privatbesitz. Ausgelöst durch die Migrationsströme stieg unter den Österreichern das Bedürfnis, sich in seinen eigenen vier Wänden verteidigen zu können. Dieses subtile Bedrohungsgefühl mag zwar auf den ersten Blick irrational erscheinen, für einen Teil der Bevölkerung war es allerdings eine logisch erscheinende Konsequenz auf die allgemeine Stimmung im Land. Kritische Stimmen zur Massenmigrationspolitik fanden in der Presselandschaft wenig Gehör und auch die medial verbreiteten Bilder ließen den Schluss zu, dass die damalige rot-schwarze Regierung dem Zustrom an Menschen stellenweise nicht mehr gewachsen war.

Auch zu Beginn der Covid-Pandemie wiederholte sich der sprunghafte Verkauf von Waffen in Öster-

reich. Im Zuge dieses Anstiegs kam es in den letzten Jahren immer wieder zu einer Berichterstattung in den Medien, in der Österreich pauschal als Waffenland dargestellt wurde, wobei das österreichische Waffengesetz von diesen Journalisten insgesamt als zu lasch beschrieben wird. So ist es in keiner Weise verwunderlich, dass die anfangs von Journalisten in unzähligen Meinungsartikeln geforderte Verschärfung des Waffengesetzes Druck auf die Regierung ausübte, die innerhalb weniger Tage nach der erwähnten Tat eine Verschärfung ankündigte.

Bereits einen Tag nach der Tat, während einer Gedenkveranstaltung für die Opfer, äußerte sich Bundespräsident Van der Bellen dahingehend: „*Politikerinnen und Politiker werden sich sicher anschauen, wie es sein kann, dass ein 21-Jähriger Kurz- und Langwaffe besitzt und die Möglichkeit hat, entsprechende Munition zu kaufen und dieses Unheil anzurichten.*“ Weiters sprach er davon, dass man die bestehende Rechtslage auf modernen Anforderungen hin überprüfen müsste. Schon im Jahre 1998 hatte Van der Bellen, damals in seiner Funktion als Bundessprecher der Partei *Die Grünen*, umfassende Einschränkungen des Waffenrechts gefordert.



Spätestens seit dem Jahr 2015 steigt in Österreich die Anzahl der Waffenbesitzer und damit auch die der Waffen in Privatbesitz. Ausgelöst durch die Migrationsströme stieg unter den Österreichern das Bedürfnis, sich in seinen eigenen vier Wänden verteidigen zu können.



Polemisch gefragt: Was sind diese modernen Anforderungen? Schulamokläufe kamen in Österreich bisher zum Glück erst dreimal in der Geschichte der zweiten Republik vor: 1997, 2018 und dann eben jener Anschlag, der Auslöser für diesen Artikel wurde. Auch dass ein 21-jähriger sich eine Waffenbesitzkarte ausstellen lassen konnte, war vor dieser Tat nie ein Kritikpunkt am Waffengesetz gewesen. Man ging immer davon aus, dass man in diesem Alter genug geistige Reife entwickelt habe, sodass der Staat einem zugestehen könne, Waffen der Kategorie B, also Faustfeuerwaffen sowie Halbautomatische Waffen, zu besitzen.

Die im Maßnahmenpaket der Regierung geplante Erhöhung des Mindestalters auf 25 Jahre wirkt aus diesem Grund wie reine Anlassgesetzgebung, die man sich aus dem Ärmel gezogen hat, um den populistischen Forderungen von Waffengegnern entgegenzukommen. Was sind aber die geplanten, der Öffentlichkeit eher unbekannten Verschärfungen, abseits der Anhebung des Mindestalters? Der Täter benutzte neben einer Faustfeuerwaffe auch eine Schrotflinte. Bisher konnte eine solche Waffe nach einer dreitägigen Wartefrist von Staats- und EU-Bürgern, die über 18 Jahre alt sind, frei erworben werden. Angedacht ist hier in Zukunft eine Waffenkartenpflicht für unter 25-Jährige. Die dreitägige Wartefrist soll auf vier Wochen erhöht werden und die für die Ausstellung der Waffenbesitzkarte vorgeschriebene Psychologische Begutachtung soll verschärft werden.

Aufgrund von Medienberichten, nach denen der Täter im Zuge der Stellung von einem Heerespsychologen als nicht diensttauglich eingestuft wurde,

aber Jahre später nach einem erfolgreich absolvierten psychologischen Test eine Waffenbesitzkarte ausgestellt bekam, soll in Zukunft der Austausch von Patientenakten zwischen den Behörden möglich sein. In den ersten Stellungnahmen bezüglich dieser Causa war immer wieder der Datenschutz als bisheriger Hinderungsgrund angeführt worden. Dies ist so allerdings nicht richtig, denn bis zum Jahre 2009 konnten von der Stellungskommission psychisch Auffällige an die Führerscheinbehörde sowie an die Waffenbehörde gemeldet werden und es bestand die Möglichkeit, ein Waffenverbot oder der Einzug des Führerscheins anzuordnen. Unter dem damaligen SPÖ-Verteidigungsminister Norbert Darabos wurde dieser Paragraph allerdings aus dem Wehrgesetz gestrichen.

Die geplante Regelung, Waffenbesitzkarten in Zukunft auf 8 Jahre zu befristen und mittels psychologischen Gutachtens zu verlängern, lässt den Verdacht aufkommen, dass dies nicht vollständig zu Ende gedacht wurde. In diesem Zeitraum wird ein Inhaber einer Waffenbesitzkarte nämlich von der Polizei kontrolliert, ob die Waffen ordnungsgemäß verwahrt sind, etwaige Auffälligkeiten hierbei können auch jetzt schon zum Verlust der Verlässlichkeit führen. Anzumerken ist, dass aufgrund der Voraussetzung der Verlässlichkeit der Behörde ein Mittel zur Verfügung steht, jederzeit die Waffenbesitzkarte wieder einzuziehen, sollte diese nicht mehr erfüllt sein. Gründe hierfür können Alkohol am Steuer, aber auch eine psychische Beeinträchtigung sein.

Das im Jahre 1997 eingeführte Psychologische Gutachten stellt hierbei die erste Hürde dar, psy-





*Als sinnvolle Änderung kann sicherlich angesehen werden,
dass in Zukunft der Verkauf von Waffen zwischen Privatpersonen
über einen Waffenhändler abgewickelt werden muss.*



chisch auffälligen Personen den Zugang zu einer Waffenbesitzkarte zu erschweren. Durch den 2025 erfolgten Amoklauf wurde dahingehend die Kritik laut, dass dieser Psychotest oft nur eine Art Gefälligkeitsgutachten wäre, bei dem man regelrecht abgefertigt wird. Es drängt sich auf jeden Fall die Frage auf, wie der Täter von einem Psychologen für geistig fit eingestuft werden konnte und dadurch eine Waffenbesitzkarte erhielt, wenn er durch Heerespsychologen anhand standardisierter psychologischer Testverfahren als dienstuntauglich eingestuft wurde. Denn auch bei dem waffenpsychologischen Gutachten kommt neben einem Anamnesegespräch eine Anzahl standardisierter Tests, die vom Innenministerium vorgeschrieben sind, zur Anwendung, die Auffälligkeiten aufdecken sollten.

Als sinnvolle Änderung kann sicherlich angesehen werden, dass in Zukunft der Verkauf von Waffen zwischen Privatpersonen über einen Waffenhändler abgewickelt werden muss. Diese Gesetzeslücke ermöglichte es 2024 einem Dschihadisten, gegen den ein aufrechtes Waffenverbot vorlag, mittels Privatkauf ein Repetiergewehr zu erwerben. Anschließend reiste er nach München, um in der Nähe des israelischen Generalkonsulats um sich zu schießen, bevor er von eintreffenden Polizeibeamten erschossen wurde.

Abschließend zu sagen bleibt: Dass man von Seiten des Gesetzgebers plant, das Mindestalter für



eine Waffenbesitzkarte auf 25 Jahre anzuheben, ist ganz klar als rein aktionistische Anlassgesetzgebung zu kritisieren, die nur aufgrund des Alters des Täters überhaupt Gegenstand der ganzen Debatte ist. Der Täter dürfte sich schon jahrelang mit Amokläufen beschäftigt haben und regelrecht in eine Subkultur eingetaucht sein, in der Amokläufer heroisiert werden. Dass diese Auffälligkeiten damals auch den Psychologen des Heeres auffielen, ist bezeichnend. Wäre die Wei-

tergabe von Daten der Stellungskommission über psychisch Auffällige an andere Behörden nicht abgeschafft worden, hätte diese Tat sicherlich so nicht stattfinden können. Die geplante Evaluierung des Psychologischen Gutachtens ist sicherlich eine sinnvolle Maßnahme, um sicherzustellen, dass die dabei durchgeführten Tests auch dem aktuellen wissenschaftlichen Standard entsprechen. Die vierwöchige Abkühlzeit mag für den Waffenkäufer zwar ärgerlich sein, wenn die Behörden dadurch allerdings die notwendige Zeit haben, um untereinander Daten auszutauschen, die etwaige Auffälligkeiten des Käufers aufzeigen, die ihn von einem Kauf ausschließen, kann dies als Maßnahme angesehen werden, die ihre Berechtigung hat.

Blickt man aus gebührendem Abstand nach der Tat nun zurück, ist die Debatte um eine Verschärfung, so schnell sie hochgezogen wurde, auch wieder verebbt – und auch medial wird über das Thema kaum noch berichtet.

The Red Apple

Von Jörg Mayer



Schon vor rund 15 Jahren sagten einem US-amerikanischen Analysten der Republikanischen Partei recht offenherzig, wie ihrer Prognose nach die europäische Parteienlandschaft in ein, zwei Generationen aussehen werde: Auf der Rechten werde es dann eine aus den freiheitlichen Oppositionsparteien hervorgegangene identitär-konservative Kraft geben, auf der Linken eine sozialistisch-muslimische Einheitsfront. Die linksliberalen Milieus aber, wie sie uns heute noch z.B. in Gestalt der ÖVP-SPÖ-Neos Koalition regieren, werden unter dieser Polarisierung zusammenbrechen.

Ein Blick in die USA ist immer wieder ein Blick in unsere eigene Zukunft. Wenn Multimillionenmetropolen wie New York derart mit Ausländern aus aller Herren Länder geflutet sind, dass es keinen inneren Zusammenhalt mehr gibt, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich ein linker Populist an die Spitze der konturlosen Massen schwingt. Divide et impera! Ein Volk, das aus versprengten Gruppen besteht, ist leicht zu verführen, leicht zu regieren, leicht zu beherrschen. In New York lässt sich heute schon beobachten, wie die linke Koalition der Zukunft aussieht. Dass sie an ihren inneren Widersprüchen zugrunde gehen müsse, unterstellt, dass die Linke tatsächlich Prinzipien habe (wie etwa den Kampf für soziale Gerechtigkeit, für Religionsfreiheit, gegen Rassismus, gegen Antisemitismus usw.). In Wahrheit ist das Prinzip der Linken aber die Relativierung von Werten, weshalb die Berufung auf welche Werte auch immer stets taktischen Zielen dient. Zohran Kwame Mamdani ist folglich kein linker Sonderfall, sondern das Muster eines linken Politikers, und es ist nur folgerichtig, dass er die größte Stadt der USA gewonnen hat.

Dass Mamdani mit den Zielen der Hamas sympathisiert, Mitglied in der BDS ist usw.usf., hindert auch österreichische Zeitungen nicht daran, sich über seinen Sieg zu freuen. Dieselben linken Politiker, die im österreichischen Nationalrat die BDS als antisemitisch verurteilen, freuen sich über seinen Triumph. Die neue linke Positionierung zum Antisemitismus hat drei Gründe: Erstens interessiert das Verdikt immer weniger, seit Israel seine Politik so weit überreizt hat, dass es selbst den Amerikanern zu bunt wurde. Zweitens diene das anti-antisemitische Brimborium immer nur der Selbstdarstellung, um dann als Mittel im „Kampf gegen rechts“ z.B. der FPÖ das Gegenteil vorzuwerfen. Und drittens hasen viele Muslime eben Juden, und die ersteren sind mehr und bringen den Linksparteien mehr Stimmen.

Mamdani's Sieg zeigt uns, wie die Conquista vor sich geht. Er ist sexy – und damit holt man bereits jene urbanisierten jungen Frauen ab, die von OnlyFans viel und von Politik überhaupt nichts verstehen. Sagenhafte 81% aller New Yorkerinnen zwischen 18 und 29 haben ihn gewählt (bei nur 33% in der Altersgruppe 65+). Mamdani verkörpert eben die Idee, dass ein unteres Mittelklasse-Leben mit passablem Konsum und Netflix-Abo irgendwie doch noch erschwinglich werden könnte. Dass er ein Muslimbruder ist, spielt da keine Rolle. Es spießt sich ja auch nicht mit seinem Islamismus, dass er für die Legalisierung der Prostitution eintritt. Denn: Prostituierten werden sich ja sowieso nur die nicht-muslimischen Frauen.

Man lerne aus alledem: Die moralische Zersetzung der Gesellschaft ist immer der Vorteil für jene Gruppen, die noch verschworen sind und wissen, wie sie kollektiv an ihre Ziele kommen.



Feuilleton

Judith Butler, 2010



Norbert Nemeth

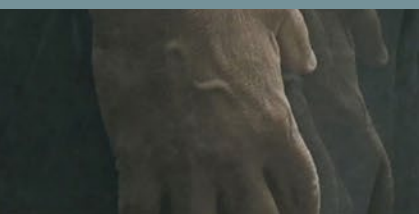
Was ist „queer“?

„Der Name bringt etwas zum Stillstand,
was in Bewegung war (...).“



„Beim Berliner Christopher Street Day ist es am Samstagabend zu einem Eklat gekommen: Judith Butler (54), Philosophin und legendäre Geschlechter-Theoretikerin aus den USA, hat einen Zivilcourage-Preis auf der CSD-Bühne am Brandenburger Tor abgelehnt. Die Veranstaltung sei ihr zu kommerziell und oberflächlich, kritisierte Butler. Sie könne die Auszeichnung deshalb nicht akzeptieren. Nach einer Laudatio der Vorsitzenden der Grünen-Bundestagsfraktion, Renate Künast, kam die linke Theoretikerin, die an der Universität im kalifornischen Berkeley lehrt, auf die Bühne. Dort legte sie innerhalb weniger Minuten dar – Deutsch von einem Blatt ablesend – warum sie den Preis der Veranstalter nicht annehmen könne.“

So schrieb die *Berliner Tageszeitung* (taz) am 20. Juni 2010. Doch machen wir, ehe wir uns Butler im Detail zuwenden, zunächst einen Sprung in geographischer und zeitlicher Hinsicht. Er führt uns ins Kanada des Jahres 2004: Es ist ein trauriger Anlass, nämlich der Selbstmord eines 38 Jahre alten Mannes, der, wie so viele im vergangenen Jahrhundert, Opfer einer Ideologie wurde. Doch hier verhält es sich anders. Nicht auf einem Schlachtfeld oder in einem Lager wurde Bruce Reimer dahingerafft, sondern er hat sich selbst dazu entschieden, aus dem Leben zu treten – aus einem Leben, das ihm von außen verpfuscht wurde, als er zwei Jahre alt war.





Der Frankfurter Schule geht es im Wesentlichen um die Frage, warum der Kapitalismus trotz seiner offenkundigen Insuffizienzen wie der Akkumulation von Vermögen, der sozialen Ungleichheit, der Ausbeutung der Natur usw. nicht umzubringen ist.



Es war im Jahr 1967, als der klinische Psychologe und Sexualwissenschaftler John William Money (1921-2006) entschied, Bruce Reimer infolge einer missglückten Beschneidung zur Frau zu machen. Bruce wurde operiert, einer Hormontherapie unterzogen und wie ein Mädchen erzogen. Money, der den Begriff der Geschlechterrolle (gender role) begründete, sah dies als Möglichkeit, durch den Vergleich mit Bruce' eineiigem Zwillingbruder Brian einen Beleg für die in der Sexualwissenschaft



Horkheimer und Adorno, 1964

diskutierte These zu finden, nach der im Wesentlichen die Erziehung in den frühen Lebensjahren für die Ausprägung einer geschlechtsspezifischen Identität eine Rolle spiele. Der Fall sollte als Beleg für die soziale Wahlmöglichkeit des Geschlechtes dienen – und endete letal.

Machen wir einen weiteren Sprung an die Westküste der USA. Hier treffen wir wieder auf Judith Butler, wo sie an der University of California, Berkeley den Lehrstuhl für Rhetorik und Komparatistik innehat. Butler definiert sich selbst als non-binär, das bedeutet, dass sie nicht ausschließlich dem männlichen oder dem weiblichen Geschlecht zugehörig sein will. Mit dem biologischen Geschlecht, wie man es bei Bruce Reimer mit der Brechstange ändern wollte, hat das nichts zu tun, sondern hier geht es um die politische Ablehnung der „zweigeteilten Geschlechterordnung“.

Wer so denkt, darf sich auch als „genderqueer“ bezeichnen. Demnach wird die Einteilung der Gesellschaft in Mann und Frau nicht als naturgegebene oder unausweichliche Absolutheit gesehen. Darüber zerbricht sich Judith Butler den Kopf. In Büchern

wie ihrem wichtigsten Werk, *Das Unbehagen der Geschlechter*, versucht sie, der zersetzenden Idee ein wissenschaftliches Fundament zu geben. Der Titel dieses Werkes erinnert frappant an *Das Unbehagen in der Kultur* von Sigmund Freud, einem Schlüsselwerk für die Frankfurter Schule. Die Ähnlichkeit wird kein Zufall sein, 2012 erhielt Butler den *Theodor W. Adorno-Preis* der Stadt Frankfurt am Main.

Der Frankfurter Schule geht es im Wesentlichen um die Frage,

warum der Kapitalismus trotz seiner offenkundigen Insuffizienzen wie der Akkumulation von Vermögen, der sozialen Ungleichheit, der Ausbeutung der Natur usw. nicht umzubringen ist. Den Grund dafür sehen Philosophen wie Adorno, Marcuse und Horkheimer in der Tatsache, dass der Kapitalismus nicht bloß ein ökonomisches, sondern ein gesellschaftliches System ist, tief verwurzelt und abgesichert durch kulturelle Strukturen wie das Christentum, das traditionelle Familienbild und den autoritären Staat. Ganz in dieser Tradition bricht Butler mit einer Reihe von bislang unbestrittenen Annahmen: insbesondere mit der, wonach das Geschlecht eine natürliche Eigenschaft von Körpern, die die Grundlage einer natürlichen Ordnung bilden, sei.

Vielmehr argumentiert sie, dass bereits die biologische Bestimmung des Körpergeschlechts samt der binären Geschlechterkonzeption kulturellen Kategorien folgt. Mit anderen Worten: Das biologische Körpergeschlecht (damit sind die körperlichen Merkmale eines Menschen, die zur biologischen Geschlechtszuordnung dienen, wie Chromosomen, Hormone, innere und äußere Geschlechtsorgane, Körperbau



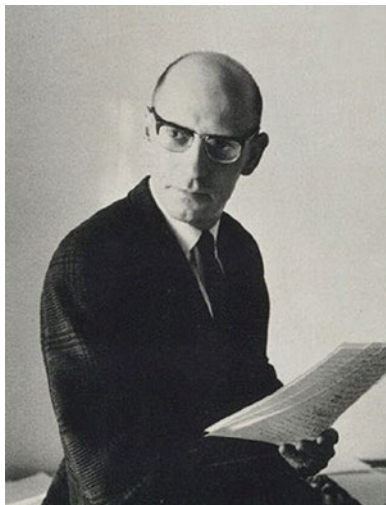
*Wie weit müssen diejenigen, die Träger von Kultur sind,
ihre Kultur ändern oder aufgeben, um jenen, die bloß
„nackte Menschen“ sind, auch zu Trägern von Kultur zu machen?*



usw. gemeint) wohnt dem Körper nicht als natürliches Merkmal ein, sondern ist Ergebnis eines Diskurses. Die Gesellschaft hat sich ausgemacht, auf diese Merkmale abzustellen, um die Menschheit bipolar in die Gruppen von Männern und Frauen zu teilen. Mann und Frau begegnen sich in diesem Menschenbild als gegensätzlich, nicht als sich bedingend und ergänzend.

Somit soll sich das Biologische den kulturellen Produktionsweisen nicht als vorgängig erweisen, sondern als deren Wirkung. Dass der Körper erst diskursiv ins Leben gerufen wird, erweist sich als Bruch mit jenem Körper-Geist Dualismus, der die abendländische philosophische Tradition bestimmt. Es verwundert daher nicht, dass Butler für diese ihrer Annahmen am heftigsten kritisiert wurde und wird. *„Die Einsicht, dass Natur immer schon Ergebnis – und nicht Voraussetzung – kultureller Erkenntnisse ist, bildet wie keine andere ein unüberwindbares Hindernis der Aufnahme der butlerschen Thesen“*, schlussfolgert die Professorin für Soziologie Hannelore Bublitz.

Die Behauptung, dass die Natur eine Folge des menschlichen Diskurses, also jener institutionalisierten gesellschaftlichen Redeweisen, die das Handeln der Menschen bestimmt, ist, erinnert an den Universalienstreit, der in der mittelalterlichen Scholastik seinen Höhepunkt erreicht hatte. Dabei geht es um die Frage, ob Allgemeinbegriffe menschliche Konstruktionen sind oder ob ein Allgemeines wirklich existiert. Gibt es „das Runde“ wirklich, oder ist jeder der vier Reifen meines Autos für sich rund und ein jeder dem anderen bloß ähnlich? Existiert die Zahl



Michel Foucault, 1970

„4“ tatsächlich, oder hat sich die Gesellschaft lediglich darauf verständigt, dass es so etwas wie Zahlen gibt?

Des Weiteren sticht ins Auge, dass Butlers Umkehrung der Kausalkette des Verhältnisses von der Natur zur Kultur Giorgio Agambens Ausführungen über den „nackten Menschen“ ins Leere laufen lässt. In seinem *Homo sacer* differenziert er zwischen dem Menschen als biologische Einheit (zoe) und dem Menschen als Träger von Kultur (bios), eine Sicht-

weise, die an Carl Schmitt anknüpft: Souverän soll nicht mehr sein, wer über den Ausnahmezustand entscheiden kann, sondern wer den Einzelnen von der einen auf die andere Stufe heben oder runterdrücken kann. Was gemeint ist, kann folgendes Beispiel sichtbar machen: Angela Merkel hat 2015 eben nicht den Ausnahmezustand ausgerufen, sondern „nackte Menschen“ in eine kulturelle Landschaft heringeholt. Die entscheidende Frage der Politik lautet daher: Wie weit müssen diejenigen, die Träger von Kultur sind, ihre Kultur ändern oder aufgeben, um jenen, die bloß „nackte Menschen“ sind, auch zu Trägern von Kultur zu machen?

Zurück nach Berkeley: Butler kritisiert, dass der einzelne Mensch aufgrund von äußeren Körpermerkmalen einer „heterosexuellen Matrix“, somit einer „binären“ oder „bipolaren“ Gesellschaftsstruktur zugeordnet wird. Dass es sich um genau jene Merkmale, die für die Reproduktion des Menschengeschlechts maßgeblich sind, handelt, tut sie als Machtauswuchs von Geschlechter- und Bevölkerungspolitikern ab. Die Entscheidung, dass die Menschheit fortbestehen



Der genetische Code repräsentiert einen Informationsdiskurs, der Praktiken der Lebenskontrolle durch die Kontrolle genetischer Informationen ergänzt.



soll, ist für sie das Ergebnis eines gesellschaftlichen Diskurses, nicht die Entscheidung des Individuums. Aus historischer Sicht kann sie die Begründung der Matrix nicht benennen. Auch damit, dass die unterschiedlichsten Kulturen sich völlig unabhängig voneinander auf die Definition von Mann und Frau festgelegt haben und der „binären Matrix“ somit eine sachliche Rechtfertigung innewohnen muss, setzt sie sich nicht auseinander. Die Sorge um die Generativität des Lebens wird zum Effekt herabgestuft, was an das Papstwort von der „Kultur des Todes“ erinnert.

Das Abstellen auf Körpermerkmale ist für Butler nicht viel mehr als das Abstellen auf statistische Häufigkeitsmerkmale. Auch der genetische Code zählt für sie und ihre Anhänger wie Lily E. Key nicht: *„Der genetische Code repräsentiert einen Informationsdiskurs, der Praktiken der Lebenskontrolle durch die Kontrolle genetischer Informationen ergänzt.“* Aus all dem lässt Butler folgen, dass die bipolare Matrix, weil sie diskursiv entstanden ist, diskursiv änderbar ist, konkret: in eine multipolare Matrix ausgedehnt werden kann. Die hätte den großen Vorteil, all jene Gruppen, die die bipolare Matrix ausgegrenzt, maßgeblich werden zu lassen. Es soll eine andere, neue sachliche Rechtfertigung für die Antwort auf die Frage, wie man Menschen kategorisiert, entstehen. Hier kommt der Begriff der „Vielfalt“ ins Spiel. Das Hegemonialmodell der „Matrix mit Ausschlusscharakter“ soll einer Matrix aus beliebig vielen Kombinationsmöglichkeiten weichen. Butler will die „Zone der Unbewohnbarkeit“, in der die „verworfenen Wesen“ daheim sind, bewohnbar machen. Die politische Bezeichnung für die Bewohner dieser verworfenen Zone lautet „queer“. Sie verleihen allen, die es sich in der bipolaren Matrix zurecht gerichtet haben, überhaupt erst ihre auf Ausgrenzung basierende Identität.

Die Grenze, die niedergerissen werden muss, um die „Exkommunikation aus dem symbolisch Gesetzten“ zu beenden, ist der „Bereich von Sprache und Verwandtschaft“. Mit anderen Worten: Es geht hier nicht um Vielfalt, sondern um Zersetzung, darum, die Grundlagen unserer Gesellschaft zu unterminieren. *„Gesellschaft erscheint so, vermittelt über eine moralische Instanz, als immer wieder performativ angewendete, ein reflexives Subjekt begründende Gewalt, die es, in Form des Gewissens, gegen sich selbst und seinen Körper wendet.“* So bringt es Hannelore Bublitz kritisch auf den Punkt. Der Mensch ist für Butler nicht Teil der Gesellschaft, sondern es begegnen sich die Gesellschaft und das Individuum als Antipoden – was einmal mehr auf ein negatives Menschenbild hinausläuft.

Vor diesem Hintergrund erweist sich der Begriff der Performanz als von zentraler Bedeutung, zumal Butler davon ausgeht, dass „die Sprache das Subjekt konstituiert“. Durch sie werden die kulturellen Vorschriften in das Subjekt eingeschrieben. Das heißt, Butler lehnt die Vorstellung souveräner Individuen ab. Eine sehr spezifische Vorstellung des „Neuen Menschen“ des Jakobinismus auf der einen Seite. Auf der anderen Seite wird das Menschenbild der Antike, jenes des „Großen Menschen“, der durch seinen Willen und seine Veranlagungen selbstverantwortlich Ziele erreichen kann, verneint: *„Indem Menschen sich verhalten, als gäbe es ‚von Natur aus‘ Männer und Frauen, bestätigen sie die soziale Fiktion, dass diese Natur existiert.“* Maßgeblich verantwortlich für dieses Verhalten sind sich immer wiederholende Sprechakte, die performativ wirken, also eine Realität erzeugen.

Dieses Theorem der performativen Kraft der Sprache geht auf den französischen Philosophen Michel Foucault zurück. Er geht davon aus, dass das fundamentale Konstruktionsprinzip der Wirklichkeit die



Indem Menschen sich verhalten, als gäbe es ‚von Natur aus‘ Männer und Frauen, bestätigen sie die soziale Fiktion, dass diese Natur existiert.



Macht der Sprache und des Diskurses ist. Wichtig in Butlers Theorie ist neben Foucault aber auch John Austin, der Begründer der Sprechakttheorie, die im Wesentlichen besagt, dass Sprechakte dann als performativ zu bezeichnen sind, wenn sie das, was sie benennen, in Kraft setzen, also wirklichkeitserzeugenden Charakter besitzen. Durch die Worte der Hebamme „Es ist ein Junge!“ nimmt das Wort eine soziale Tatsache an. Die Interpretation der Welt findet somit in einem semantischen Rahmen, in einer durch Wiederholungen gekennzeichneten Echokammer, statt. Butler geht hier einen Schritt weiter und interpretiert den Ausspruch der Hebamme „Es ist ein Junge!“ nicht als Hinweis auf eine Tatsache, sondern als Anweisung im Auftrage der traditionellen Konvention, als Ausspruch eines Urteils, hinter dem eine Autorität steht, an das sich soziale Tatsachen, die bloß als natürliche erscheinen, knüpfen. Der Körper erweist sich somit als Wirkung einer Zeichenordnung, nicht als Produkt der Biologie. Der Körper ist – nach Butler – intelligibel, also nicht sinnlich, sondern kann nur durch Verstand und Intellekt erfasst und verstanden werden. Von besonderer Bedeutung erscheint ihr der Vorgang der Namengebung. *„Der Name bringt etwas zum Stillstand, was in Bewegung war (...)“*

Neben der Performanz ist es die Vorstellung von der „Materialität des Körpers“ die für Butlers Denken entscheidend ist: unter Rückgriff auf Aristoteles geht sie davon aus, dass Materie nie ohne ihr Schema auftritt. Der menschliche Körper ist also immer und unausweichlich Ausdruck einer Ordnung, eines Planes, somit einer Wirkmacht. Damit ist gemeint, dass der bloß physische Körper auf der erzwungenen Materialisierung normativer Ideale beruht, wobei nur dem idealen Konstrukt eine soziale Existenz gewiss sei. Eng verwoben mit der körperlichen Materie ist die psychische Struktur des Menschen. Auch sie wird durch die Macht der Sprache strukturiert.

Für Butler ist der Körper somit keine voraussetzungslose Naturressource, sondern ein durch immer wiederholende Sprachakte gefesselt Wesen. Weil sich die Sprachakte einerseits wiederholen, aber variieren, und auf der anderen Seite ein jedes Wesen von der heterosexuellen Ideal-Matrix mehr oder weniger abweicht, sich „die Körper nie völlig den Normen fügen“, sieht Butler eine Angriffsfläche zur Realisierung ihrer Ideologie. In deren Fadenkreuz befindet sich jene „Ökonomie der Macht“, die auf gesellschaftlichen Disziplinierungs- und Kontrolltechniken beruht. Sie haben Weltbildcharakter wie der Leviathan, „dessen Bürger den Körper abgeben und dessen Seele der Souverän ist.“

Laut Bublitz kreist Butlers Denken um die Frage, „wie es der Macht gelingt, den Eindruck zu erwecken, es handle sich beim Körper um eine biologische Voraussetzung gesellschaftlicher und politischer Prozesse“, zumal sich ihr Augenmerk „auf die Materialität des Körpers als völlig uneindeutiges und uneinheitliches Maß und als keineswegs natürlicher Grund aller Dinge, aber auch als Instrument der Unterwerfung unter eine soziale Ordnung“, richtet. Daraus folgt die These, „dass der Körper weder unveränderlich noch natürlich ist“.

Daraus leitet die Genderideologie ihre politische Strategie ab, das Programm des „gender trouble“, der Geschlechterverwirrung. Autorisierte Kontexte von Sprechakten, die „das Normale“ vom „Abweichenden“ trennen, sollen durchbrochen werden, um den Bereich des gesellschaftlich Anerkannten zu erweitern. Dazu gehört die Ablehnung der feministischen Unterscheidung von „sex“ und „gender“. Es geht nicht darum, das Geschlecht zu wechseln, sondern darum, den Körper als vollständig politisch besetzte Materialität zu begreifen. „Drag“ dienen dazu, traditionelle Geschlechterrollen und Geschlechtsiden-



*Was im Verborgenen ist, soll die Linie zur Sichtbarkeit überschreiten.
Aus gesellschaftlichen Prekaristen sollen Eigentümer werden,
die Metamorphose von Schwarz zu Weiß möglich sein.*



titäten parodistisch in Frage zu stellen und deren „Imitationsstruktur“ offen zu legen. Schwerwiegender sind die Versuche, die Grammatik als eine „Verdinglichung zweiter Ordnung“, somit als zentrales Instrument kultureller Homogenisierung, politisch zu stürzen.

Wer so denkt, fasst den Einzelnen als Produkt einer Macht auf, die nicht nur von außen permanent auf ihn einwirkt, sondern vor allem in seinem Inneren wirkt. Als diese innerpsychische Machtinstanz kann man sich das Gewissen, das in einem jeden Menschen aktiv ist, vorstellen. Es ist jener „innere Kompass“, der den Menschen anleitet, um zwischen dem Richtigen und dem Falschen zu unterscheiden. Wer die Gesellschaft pervertieren will, muss genau hier ansetzen. Der Perversion der Werte, wie sie die Frankfurter Schule propagiert, muss daher die Perversion der Gewissen vorausgehen. Genau das ist gemeint, wenn im Zusammenhang mit der Frankfurter Schule von einer Symbiose aus Freud und Marx die Rede ist.

Hier, so Butler, verschränken sich Fragen der Gewalt gegen geschlechtliche, religiöse und sexuelle Minderheiten und gegen kulturell „Andere“. Sie sind Opfer von struktureller Gewalt, das heißt, dass ihre Menschenleben weniger vor Verletzungen geschützt werden als diejenigen, die sich innerhalb der Grenze des „Normalen“ befinden und denen soziale Anerkennung als menschliches Subjekt zugestanden wird. Dass die queere Theorie sich nicht im Unbehagen der Geschlechter erschöpft, ist ihr in die Wiege gelegt. 1929 veröffentlichte Nella Larsen ihren Roman *Pas-*

sing (zu Deutsch: *Seitenwechsel*). Hier wird „queer“ als weiter Begriff der Abweichungen verstanden, als „von unklarer Herkunft, obskur, pervers, exzentrisch“ usw. Was im Verborgenen ist, soll die Linie zur Sichtbarkeit überschreiten. Aus gesellschaftlichen Prekaristen sollen Eigentümer werden, die Metamorphose von Schwarz zu Weiß möglich sein.

Dafür braucht es, so Butler, Widerstand. Sie ist davon überzeugt, dass Theorie verändernd wirken kann, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sie sich einmischt. Diese Einmischung erleben wir tagtäglich in einem immer intensiveren Ausmaß. Die steigende Anzahl der Regenbogenfahnen kommt nicht aus der Gesellschaft heraus, sondern hat ihre Quelle in einer strategisch agierenden Ideologie, die genau diese Gesellschaft grundlegend verändern will. Die Genderideologie ist kein emotionales Massenprodukt, nicht der Wille menschlicher Schwärme, sondern einer intellektuellen Elite. Unter dem Strich bleibt, dass die Gender-Ideologie nicht zu überzeugen vermag. Der Wurzelmangel liegt offenkundig in der Perversion des Kausalzusammenhanges von Natur und Kultur und in einem negativen Menschen- und Gesellschaftsbild. Weder das eine noch das andere findet in der Wirklichkeit seine Entsprechung.

Die „verworfenen Wesen“, deren Leben weniger geschützt werden als die der „nichtverworfenen“, gibt es in unserer Welt schlicht und einfach nicht. Jedenfalls nicht in Europa und den USA, wo diese Ideologie grassiert.

Annika Stahn

Unter Journalisten

Nur eine Satire



In den letzten Monaten veröffentlichte der *Spiegel* in Kooperation mit dem *Standard* eine mehrteilige Podcast-Reihe, die sich mit den österreichischen Burschenschaften auseinandersetzt. Untermalt von geheimnisvoller bis martialischer Musik machen sich die Macherinnen auf die überaus knifflige Suche nach öffentlich einsehbaren Adressen von Burschenschaftshäusern, benutzen das sagenumwobene Internet, um sich Websites anzuschauen, und wagen sich nach freundlicher Einladung sogar leibhaftig in ein Haus hinein. Ihre pulitzerpreisverdächtige Formulierungsgabe ist unnachahmlich. Ein Gegenbesuch musste anstehen.

Es ist der 8. November 2024. Eine Frau steht in der Wiener Innenstadt. Anfang 30, Problemponyhaarschnitt, teure Markenkleidung. Auf den ersten Blick ist an ihr nichts ungewöhnlich. Nur, wer genau hinsieht, erkennt an ihrer Nase den kleinen Metallring: ein sogenanntes Septum-Piercing. Die Frau nennt sich Mimi Mi. Sie ist Aktivistin einer linken Splittergruppe und „Expertin für Rechtsextremismus“. Sie steht vor einem Denkmal, einer Konstruktion aus Stahlbeton, die an österreichische Jüdinnen und Juden erinnert, die im Nationalsozialismus ermordet wurden. Sie wartet auf Walter Rosenkranz, den österreichischen Nationalratspräsidenten, der hier einen Kranz aus weißen Rosen niederlegen will. Das will sie nicht zulassen. Mit ihr haben sich etwa 30 Leute aufgestellt, eingehakt als Menschenkette. Sie versperren den Weg. Auch Medien sind gekommen, linke Medien, die das Spektakel beobachten wollen, auch der ORF.

Medien, besonders linke und staatsfinanzierte, haben einen schlechten Ruf. Wir fragen uns: Was tun die Menschen, die dort arbeiten und sich „Journalisten“ nennen? Worauf zielen sie ab? Klar ist: Medien haben Macht in Österreich, sehr viel Macht. Wir haben mit einem Insider gesprochen, der die ös-

terreichische Medienszene seit über dreißig Jahren beobachtet. Er sagt, dass das Ausmaß an politisch einschlägigem Sensationsjournalismus heute größer ist als je zuvor. Und er hat uns darauf hingewiesen, auf die Nasenflügel zu achten. Nicht nur, weil sie sich bei vielen Journalisten arg weiten, wenn sie über bürgerliche und patriotische Parteien wie die FPÖ oder die AfD schreiben. Es geht um die Septum-Piercings, in der Nasenscheidewand. Auch Mimi Mi hatte so eines. Dieses Piercing ist ein Erkennungszeichen.

Leute wie Mimi Mi arbeiten für linke Anliegen: bei linken Aktivistengruppen, linken NGOs, linken Parteien – und auch bei linken Medien. Linke Medien sind verschworene Journalistenbünde. Selten dringt hier etwas nach außen. Man trifft sich hinter verschlossenen Türen, öffentliche Mitgliederlisten gibt es keine. In Österreich machen linke Journalisten nur 0,04% der Bevölkerung aus. Aber ihr Einfluss ist gewaltig. Vier von fünf Parteien im österreichischen Parlament, darunter alle drei Regierungsparteien, halten Verbindungen zu linken Journalisten. Man trifft sich, man kennt sich. Und mehr als das: Auch Steuergeld fließt. Hunderte Millionen an Steuergeld. Auch das höchste politische Amt in Österreich ist besetzt durch einen



*„Menschlichkeit, Solidarität, Kampf gegen rechts,
das sind die Werte, denen wir uns verpflichtet fühlen“, erklärt sie.*



Mann, für den sich viele linke Medien ausgesprochen haben. Alles nur Zufall?

„Das Land wird praktisch von linken Medien geführt!“, sagt uns ein Experte. „All diese Absprachen, wen man pushen soll und wen man runterschreiben will, geschehen im Geheimen“. Wir fragen nach. „Uns geht es nur darum, die Menschen richtig zu informieren!“, sagt uns eine linke Journalistin. Man berichte auch kritisch gegenüber der Regierung. Aber: „Menschlichkeit, Solidarität, Kampf gegen rechts, das sind die Werte, denen wir uns verpflichtet fühlen“, erklärt sie.

Wir merken schnell: Es ist herausfordernd, in linke Redaktionen zu schauen – in eine Welt, die sonst nur verschlossen bleibt. Dorthin, wo Macht ausgeübt wird, im Verborgenen und bis an die Spitze der Politik. Es geht um geheime Netzwerke, Nasenpiercings und um Frauen wie Mimi Mi, die wie viele andere für die Lustigkeit dieses Milieus steht. Aber: Wie gefährlich sind linke Medien wirklich? Sind sie nur links und linksradikal oder in Teilen sogar linksextrem?

Als wir mit dieser Recherche starten, waren wir noch nie auf einem linken Medienhaus. Wir kennen persönlich keine linken Journalisten, nur Redakteure von bürgerlichen und patriotischen Medien, aber das ist nicht das Gleiche. Wir glauben: Wenn wir die Geschichte von Mimi Mi verstehen, dann verstehen wir auch, wie mächtig die linke Ideologie wirklich ist. Wir finden heraus, dass sie in einer linken Redaktion jobbt. Aber niemand dort kann oder will uns auf Anfrage etwas über ihre Kindheit und Jugend erzählen. Wir fragen uns: Warum diese Geheimniskrämerei? Was haben Journalisten zu verbergen?

Wir finden heraus: Mimi Mi war früher bei einer kleinen Antifa-Gruppe in ihrem Heimatort. Meist wird die erste Verbindung über den Freundeskreis angebahnt, manchmal auch über die Familie. So war es bei Mimi Mi. Ihr Vater ist Gemeinderat bei den Grünen, die Mutter engagiert sich bei Attac und

Amnesty. Durch die Schule kam Mimi Mi gut, trotz Wohlstandsverwahrlosung. Dann ging es endlich an die Uni nach Wien. Hier wurde ihr Weltbild verdichtet, als sie Politologie und Internationale Entwicklung studierte. Einen Abschluss machte sie nicht. Umso aktiver war sie in linken Hochschulgruppen. Die GRAS waren ihr zu wenig radikal. Sie drängte es weiter nach links, zur KSV. Über eine Kontaktfrau kam sie dann in die Redaktion.

Wir schreiben das Medium an, bei dem Mimi Mi jobbt, und fragen, ob wir vorbeikommen und über Mimi Mi sprechen können. Aber niemand will es. Wie recherchiert man ein Leben, das offenbar nicht recherchiert werden soll? Wir fragen auch andere linke Medien an. Aber die Türen bleiben verschlossen. Bis uns ein Kollege plötzlich einen Kontakt vermittelt. Zu einem Aussteiger. Eine ehemalige Linke, die jahrelang Mitglied in einer Redaktion war. Nicht bei derselben wie Mimi Mi, aber: Die Geschichte dieser jungen Frau hat erstaunlich viele Parallelen zu dem, was wir über Mimi Mi herausgefunden hatten. Wir treffen sie, um besser zu verstehen, was es genau heißt, Mitglied in einer linken Redaktion zu sein. Und wie die politischen Netzwerke der linken Medien funktionieren. Ihr Name ist Petri Ott.

Als wir Petri Ott treffen, wirkt sie freundlich und offen auf uns. Gar nicht so kaputt, wie wir uns linke Journalistinnen immer vorgestellt haben. Sie führt uns in ein ruhiges Zimmer mit Büchern und Glücksfedern, wir bekommen Matcha Latte angeboten, dann setzt sie sich uns gegenüber an den Tisch. Sie sagt uns, dass sie bei zwei verschiedenen linken Redaktionen war, zuerst in ihrer Jugend bei einer städtisch geförderten Jugendzeitschrift, dann bei einer großen österreichischen Zeitung. Sie habe auch in einem links-aktivistischen Chor mitgesungen, bei Veranstaltungen gegen rechts usw. Hier müssen wir kurz erklären: Nein, auch wenn das ähnlich klingt, hat ein Chor mit einem Corps nichts zu tun, in ihm



*Er sagt uns: Viele linke Medien haben
einen volkstumsablehnenden Vaterlandsbegriff.*



wird auch nicht gefochten und es werden keine Farben getragen, stattdessen geht es ums Singen.

Das Thema, über das wir mit Petri Ott sprechen wollen, ist für sie sehr persönlich und nicht einfach – vielleicht, weil sie schon so früh erste Berührungen mit dieser Szene hatte. *„Ich hab schon mit 15 viel gekiff’t. Dann habe ich mich für Refugees-Welcome-Projekte eingesetzt.“* Sie sagt, sie las viele linke Theoretiker, von Karl Marx bis Judith Butler, aber auch moderate Autoren, wie z.B. Theodor Adorno oder Jean-Paul Sartre. Ursprünglich wollte sie in der SPÖ Karriere machen, hat sich dann aber schnell für die Grünen entschieden. Da wurde ihr nahegelegt, zuerst in linken Vereinen unterzukommen, bevor sie ein Mandat erhalten würde. Sie merkte: Dort öffnete sich eine ganz neue Welt. Und was sie sah, gefiel ihr, besonders der offensiv gelebte Feminismus. Und auch der Sex spielte eine Rolle. Als sie schließlich nach oben kommt, kann sie sich beweisen.

Sie landet in einer Redaktion. Dort bekommt sie kleine Jobs von ihren Vorgesetzten zugeteilt. Die muss sie erledigen. *„Redaktionskram, Papiere ausfüllen, Texte abtippen, solche Sachen musste ich eben machen“*, erinnert sie sich. Ihr machen diese Aufgaben nichts aus. Sie hat das Gefühl, Teil einer eingeschworenen Gemeinschaft zu werden. Sie erzählt auch von geselligen Abenden. Es wird viel konsumiert. Viele der älteren Redakteure haben gute Verbindungen in die Politik. Sie sucht deren Naheverhältnis, weitere Kontakte folgen. Sie inskribiert nebenher ein Studium, Medienwissenschaften. In der Großstadt fällt sie nicht auf. Nur wer genau hinschaut, sieht das kleine Septum-Piercing. Auch sie hat nun eins.

„Linke Redaktion sind in der Regel hermetisch abgeschlossen und sehr misstrauisch gegenüber Leuten, die nicht aus dem eigenen Stall gekommen“, sagt uns der Leiter vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Kopfstands, der die Geschichte der linken Medien erforscht. Er meint: *„Um Journalis-*

ten zu verstehen, muss man in die Geschichte der Medien schauen.“ Und hier zeigt sich, dass im Nationalsozialismus die Journalisten stramm aufseiten der Machthaber gestanden sind. Dass Medien gerne für die Regierungen schreiben, war uns bekannt, aber dass es so weit geht? Wir sind überrascht. Er sagt uns: Viele linke Medien haben einen volkstumsablehnenden Vaterlandsbegriff. Das heißt: Sie sind keine Patrioten und wollen nicht, dass ihr Volk erfolgreich ist, zu Ehre und Wohlstand gelangt. Wenn sie für Humanität eintreten, meinen sie nicht das gottebenbildliche Wesen des Menschen, sondern materialistischen Konsum für alle.

Wir sind erschrocken. Setzten sich linke Medien anfangs noch für die eigene Arbeiterklasse ein, traten diese Ideen historisch immer mehr in den Hintergrund, lernen wir. Durchgesetzt hat sich letztlich der pro-migrantische Globalismus, der die Menschen entwurzelt – und kontrollierbar macht. Es zeigt sich: Nach und nach haben die linken Redaktionen bürgerliche und patriotische Redakteure ausgeschlossen. Als Petri Ott Journalistin wurde, sagt sie, gab es in der Redaktion keinen einzigen Rechten.

Vielleicht ist das der Grund, weshalb sie schließlich doch aus der Szene wieder ausstieg. Sie ist immer noch links, sagt sie, aber in einem anderen Sinn. Mit den grünen, kulturmarxistischen und „woken“ Ideen hat sie gebrochen. Sie hat einen Freund gefunden, auf einer Dating-Plattform. Er wählt die FPÖ, was sie nach einer Weile herausgefunden hat. Da war sie schon verliebt. Und hat ihm zugehört.

Für Petri Ott endete alles noch gut, irgendwie hat sie die Kurve noch gekratzt. Doch Mimi Mi – wer wird sie retten?

Wer die fünfteilige „Inside Austria“-Serie über „Die Macht der Burschenschaften“ selber nachhören möchte, kann dies unter <https://www.spiegel.de/thema/inside-austria-podcast> tun. Viel Vergnügen!

Rudolf Preyer

Kulturhauptstadt Görz

Eine Reise ins alte Österreich



Vierhundert Jahre lang gehörte die norditalienische Region rund um die pittoreske Stadt Görz zur Habsburger Monarchie. Ein Besuch im heutigen Gorizia und im benachbarten slowenischen Nova Gorica – als Rückblick anlässlich des EU-Kulturhauptstadtjahres 2025.

Lange Zeit als Symbol der Trennung wahrgenommen, ist der aus dem Jahr 1906 stammende Bahnhof in Nova Gorica – nur 30 Meter von der Grenze zu Italien entfernt –, der jüngst von den Ljubljanaer Architekten Sadar+Vuga neugestaltet wurde, heute ein Bahnhof, der die Doppelstadt Nova Gorica/Gorizia verbindet, ja zusammenhält. Liest man Berichte, die in den letzten 200 Jahren über Görz geschrieben wurden, überwiegen die Liebeserklärungen. Berichtet wird von einem der schönsten Provinzstädtchen im altösterreichischen Küstenland, nunmehr Friaul-Julisch Venetien. Vier Jahrhunderte lang gehörte es zur Habsburger Monarchie. Das Bürgertum der Reichshauptstadt Wien schwärmte von der üppigen Vegetation, dem guten Wein und der flirrenden Atmosphäre in dem mehrsprachigen Gebiet am Südhang der Alpen, vor allem aber von dem milden, fast schon mediterranen Klima, das die Wintermonate in Görz mehr als nur erträglich machte. Vom „österreichischen Nizza“ war da die Rede – gleich zwei Eisenbahnlinien führten hier her. Damals hat man in den Straßen Deutsch, Italienisch, Slowenisch, Jiddisch, Friolisch und Venezianisch gehört – die Menschen waren in der Regel vielsprachig.

Faszination der Schwesternstädte

Es ist einmalig in der Geschichte der Europäischen Kulturhauptstadt: Erstmals treten zwei Städte gemeinsam auf, die getrennt sind und doch untrennbar

zusammengehören, Nova Gorica und Gorizia. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1947 eine willkürliche Grenze gezogen – zwischen dem italienischen Gorizia und ein paar Siedlungen, in denen slowenische Bürger wohnten. Von einem Moment auf den anderen konnten jene keine Ämter, Kirchen und Spitäler mehr besuchen, wie die Reisejournalistin Irene Hannappi erklärt („Gorizia – Nova Gorica: Faszination Grenzregion“). Plötzlich waren Familien und Freundeskreise zerrissen.

Dann wurde mit Nova Gorica eine neue Stadt gebaut. Es ist die jüngste Stadt Sloweniens. Ein Architekt, ein Schüler von Le Corbusier, hatte ambitionierte Pläne. Während es in Gorizia Palazzi gibt, einen sehr schönen Hauptplatz, viele Gärten – eben Sommerfrische pur –, ist Nova Gorica eher wie Berlin, brutalistische Wohnhochhäuser dominieren. Auf slowenischer Seite stehen protzige Denkmäler, die an Partisanen aus dem Zweiten Weltkrieg erinnern, auf „der anderen Seite“ wiederum sieht man Stolpersteine – die jüdische Bevölkerung wurde ausgelöscht –, geblieben ist wie durch ein Wunder die Synagoge aus dem 16. Jahrhundert.

Das Zusammenwachsen der Städte ist ein Sinnbild für das Zusammenwachsen von Europa: Der smaragdgrüne Isonzo (auf Slowenisch: die Soca) wird von Menschen auf beiden Seiten „der Fluss aus Glas“ genannt – der Kontrast zwischen der Härte des Krieges rund um die zwölf „Isonzoschlachten“ im Ersten Weltkrieg und der Schönheit der Landschaft ist hef-

Bahnhof Gorizia Montesanto, heute Bahnhof Nova Gorica,
mit Grenzzaun zwischen Italien und Jugoslawien.
Nova Gorica, 1940er Jahre





*Während es in Gorizia Palazzi gibt, einen sehr schönen Hauptplatz,
viele Gärten – eben Sommerfrische pur –, ...*



tig. Eine Säule des Programms des Kulturhauptstadtjahres ist sohin „Krieg und Frieden“, eine andere der „Schmuggel“. Die Menschen schmuggelten Fleisch nach Italien, Kaffee nach Slowenien; sie versteckten die Waren unter ihrer Kleidung, in Autos oder auf Fahrrädern.



Gorizia, Postkarte, zwischen 1909 und 1935

Im Folgenden seien einzelne persönliche Programm-Höhepunkte von „GO! 2025 – Nova Gorica – Gorizia – European Capital of Culture“ herausgegriffen: Bis Ende Oktober wurden im Palazzo Attems Arbeiten des auch hierzulande vielfach ausgestellten Malers Zoran Mušić gezeigt, der im slowenischen Städtchen Bukovica nahe Nova Gorica geboren worden ist. Präsentiert wurden über hundert Werke, geordnet nach Jahrzehnten von den 1930er-Jahren bis zum Jahr 2000, die alle aus dem familiären und privaten Umfeld des Künstlers stammen. Ad Attems: Das Adelsgeschlecht entstammt dem Uradel der früheren Markgrafschaft Friaul und brachte einige Landesherren von Steiermark und auch einen Erzbischof von Görz hervor.

Bis Ende September lief im Palazzo Coronini Cronberg die Ausstellung „Standing on Messerschmidt's Head(s)“. Zunächst staunten die Beobachter über die Köpfe als etwas Seltsames – seit 1793 wurden vereinzelt die 49 Köpfe der hier versammelten Werkgruppe gezeigt –, doch erst im 20. Jahrhundert wurde ihre bemerkenswerte Innovation anerkannt, als moderne psychoanalytische Theorien Licht auf die kreativen Prozesse des Bildhauers Franz Xaver Messerschmidt warfen. Seitdem ist das Interesse an Messerschmidt, insbesondere im deutschsprachigen Raum, stetig gewachsen und hat sich im letzten Jahrzehnt zu einem wahrhaft internationalen Phänomen entwickelt. Im

Palais ist u.a. jene Büste zu sehen, die von Graf Guglielmo Coronini „Der Nieser“ genannt worden ist. Die Villa ist von einem herrlichen fünf Hektar großen Park im englischen Stil umgeben, in dem man wichtige archäologische Fundstücke aus Aquileia sieht. Der Park weist einen eleganten Jugend-

stiltempel auf, auch wachsen hier seltene und wertvolle Pflanzen: Eschen, Linden, Himalayazedern, zudem Exotisches wie Palmen, Japanische Wollmispeln, Bambus und eine hundertjährige Korkeiche.

In einem der fünfzehn Säle des Museums Palazzo Coronini Cronberg hat übrigens der letzte König Frankreichs, Karl X. von Bourbon, gewohnt – und hier auch im Jahr 1836 seinen letzten Atemzug getan.

Kursorisch seien hier noch einige Anmerkungen zur Europäischen Kulturhauptstadt verzeichnet: Musikalisch glänzten in Görz bereits Patti Smith, die „Godmother of Punk“, sowie die enigmatische Artrock-Band „Laibach“, Sloweniens Kulturexport Nummer eins. Sehenswert ist das im ältesten öffentlichen Gebäude von Nova Gorica untergebrachte „Grenzmuseum“ (Kolodvorska pot 6) – und zwar am mit reichem Secessions-Dekor versehenen alten Bahnhof, der direkt an der Grenze zu Italien liegt. Zwei grenzüberschreitende Buslinien verbinden Nova Gorica und Gorizia im Jahr der Kulturhauptstadt Europas und ermöglichen so einen einfachen Transfer zwischen den beiden Städten.

Und schließlich: Die Metropolitan-Kathedrale der Heiligen Märtyrer Hilarius und Tatian (Duomo) ist das wichtigste katholische Gotteshaus in der Stadt Görz und der Bischofssitz der gleichnamigen Metropolitan-Erzdiozese. Dem voraus ging die Auflö-



*... ist Nova Gorica eher wie Berlin,
brutalistische Wohnhochhäuser dominieren.*



sung des Patriarchats von Aquileia 1751, um einer politischen und territorialen Neuordnung zu entsprechen, die durch die Teilung Friauls zwischen der Republik Venedig und dem Habsburgerreich bedingt war: Diese Teilung führte zur Gründung der Diözesen Udine (venezianischer Teil) und Görz (österreichischer Teil).

Der nächstgelegene Flughafen ist in Triest, Görz ist ansonsten mit der ÖBB erreichbar, auch der Nightjet fährt Görz an. Als erstes Hotel am Platz darf wohl das Grand Hotel Entourage im Palazzo Strassoldo gelten. Dieser Palast aus dem 16. Jahrhundert nahe dem Schloss war einst die Heimat des Hofes von König Karl X. Kompletten renoviert, ist doch der Charme mit seinen majestätischen Merkmalen erhalten geblieben – die Kombination einer modernen Ausstattung mit beeindruckenden Antiquitäten überzeugt.

Noch zum Castello di Gorizia, einer mittelalterlichen Festung auf dem höchsten Hügel: Zurückzudatieren auf das 11. Jahrhundert, wo ein gewisser Heinrich IV. von Spanheim den Titel eines Grafen von Görz trug, beherbergt es heute das Mittelaltermuseum; die Multimedia-Show rund um die wechselhafte Geschichte innerhalb der Gemäuer (samt einer venezianischen Episode) gestaltet sich immersiv, spricht: der Besucher taucht in die Bilderwelten ein.

In Liebe zum altösterreichischen Küstenland

Im Vipavatal gibt es viele autochthone Weinsorten und im Hügelland Goriška Brda so phantastische Weine, dass man sie in New York und Tokio kosten, aber nicht im Supermarkt kaufen kann. Man muss hinfahren, sich hinsetzen und sich die Zeit nehmen.



Nova Gorica, Postkarte, 1966

Die Spezialität von Görz ist die „Rosa di Gorizia“, eine spezielle Sorte von Radicchio (Zichorie), die wie eine Rose aussieht und einen intensiven, bitteren Geschmack hat. Weitere Spezialitäten sind der deftige Bohnen-Eintopf „Jota“, der süße „Gubana“ (ein Nussstrudel mit Rosinen und

Grappa) und der Käse-Kartoffel-Kuchen „Frico“. Mit Nachdruck empfohlen sei hiermit die beim Obst- und Gemüsemarkt gelegene und rustikal eingerichtete – mit Knoblauchzöpfen und einer Mondkugel von der Decke hängenden – Trattoria Alla Luna (Via Guglielmo Oberdan 13).

Die Rezepte erlauben es, die Grenztraditionen und die Aromen Mitteleuropas zu genießen: Sie stammen nämlich aus dem Heft der Großmutter väterlicherseits, Ursula Primosic, geboren in Pod-Sabotin, und dem Heft der Großmutter mütterlicherseits, Maria Pisk, geboren in Gargaro. Programmatisch die Ansage der Enkelin Elena, die jetzt das Regiment führt: „Für uns bedeutet ‚lieben‘, die Menschen von überall zu verwöhnen.“

All jenen, die die Liebe zum altösterreichischen Küstenland, dem ehemaligen Kronland der Habsburger, teilen und sich noch weiter in die Geschichte rund um die kleine Stadt am Isonzo vertiefen wollen, sei *kulturhauptstadt-goerz.com* empfohlen, wo die Autorin Christine Casapicola Hinweise zu ihrer Küstenland-Trilogie, aber auch weitere interessante kulturgeschichtliche Bücher versammelt.

Die Kulturhauptstadt Europas, die von den Städten Nova Gorica (Slowenien) und Gorizia (Italien) geteilt wird, dauerte das ganze Jahr 2025 über – unter dem Motto „GO! Borderless“ wurden insgesamt mehr als 600 Veranstaltungen dargeboten.

Gerhard Rihl

Die sizilianische Reconquista

Eine pluralistische Rückeroberung



Nicht nur in Südspanien gab es eine Reconquista, sondern auch in Sizilien. Gewissermaßen. Gerade deren durchaus deutliche Unterschiede zur Rückeroberung Südspaniens durch christliche Machthaber sind es, die eine Betrachtung aus heutiger Sicht interessant macht.

Als im 9. Jahrhundert das Emirat Sizilien gegründet wurde, war es lange Zeit byzantinisch gewesen. Ab 1071 begann die Eroberung durch die Normannen, die unter Roger I. die Grafschaft Sizilien gründeten und die Insel 1091 komplett eroberten. Schließlich wurde Sizilien unter Roger II. im Jahr 1130 vom Papst – eigentlich einem Gegenpapst – zum Königreich erhoben.

Die Normannen waren ursprünglich einfache skandinavische Piraten, die, nachdem man ihrer im Frankenreich nicht Herr wurde, vom westfränkischen König mit einer Grafschaft belohnt und damit gezähmt wurden. Später wurde daraus ein Herzogtum. Durch militärische Disziplin aber auch außergewöhnliche Anpassungsfähigkeit und Pragmatismus wurde aus ihnen eine der erfolgreichsten transregionalen Herrschichten des Mittelalters. Sie ein Volk zu nennen wäre irreführend, waren sie doch überall, wo sie herrschten, eine Herrschaftsschicht inmitten von Ländern mit ganz anderen Bevölkerungsmehrheiten. Neben der Normandie, wo ihre Herrschaft begann, waren das auch England, Antiochia und eben das Königreich Sizilien, zu dem beim Tod Rogers II. auch der gesamte Süden des italienischen Festlandes gehörte.

Die Bevölkerung Siziliens – und in diesem Zusammenhang ist die Insel gemeint – bestand aus zwei großen Bevölkerungsteilen: einem muslimischen, der zugleich der Größte war, sowie einem byzantinisch-orthodoxen, der griechischsprachig war.

Daneben gab es eine jüdische Bevölkerungsgruppe; der normannische Bevölkerungsanteil lag bei rund einem Prozent – sie waren die herrschende, adelige Militärkaste, aber zahlenmäßig unbedeutend. Nach Italien gekommen waren die Normannen zuerst auf dem Festland und zwar als Söldner. Es waren vor allem jene, die in der Normandie keine Chance auf eine eigene Herrschaft oder hohe Ämter hatten und daher auswanderten. Der Süden Italiens bestand aus vielen Kleinstaaten mit instabiler politischer Situation – ein El Dorado für Söldner.

Nachdem aus den Normannen Herrscher geworden waren, verfahren diese ähnlich, wie in der Normandie: Man passte sich an die übernommene Situation an, verbesserte dort, wo man Schwächen sah, und blieb dabei sehr pragmatisch. Bedingt durch den geringen normannischen Bevölkerungsanteil beließ Roger I. die Verwaltung in den Händen jener Gruppen, die sie auch bisher ausgeübt hatten: arabische und griechische Experten, dazu Juristen von oberitalienischen Universitäten. Sein Sohn Roger II. führte diese Politik weiter. Es lag den Normannen somit fern, die neue Eroberung zu missionieren. Roger II. ließ die Kulturen nebeneinander bestehen und verband sie zu einem neuen, mediterranen Ganzen.

Hatten die Normannen in der Normandie die französische Sprache und die fränkische Lebensweise erstaunlich rasch übernommen, so beließen sie in Sizilien vieles beim Alten, integrierten die bestehenden



Cappella Palatina
1132 bis 1140, Palermo



Das zentrale Motiv zeigt zwei Löwen, die Kamele reißen – ein Sinnbild königlicher Macht, das zugleich an persisch-sassanidische und islamische Bildtraditionen anknüpft. Am Saum läuft eine arabische Inschrift, die dem König Glück und Herrlichkeit wünscht.



arabisch-byzantinischen Strukturen jedoch geschickt und verbesserten die Effizienz von Verwaltung, Rechtsprechung, Wirtschaft und Militärwesen. Historiker bezeichnen das Reich Rogers II. oft als das administrativ fortschrittlichste seiner Zeit.

Synthese aus lateinisch-westeuropäischer, griechisch-byzantinischer und arabisch-islamischer Kultur

Die byzantinische Tradition prägte die geistige und künstlerische Dimension des Reiches. Byzantinische Mosaizisten schmückten Kirchen mit Goldgrundmosaiken, die in ihrer Theologie und Ikonographie an Konstantinopel erinnerten. Zugleich wirkten arabische Baumeister, Mathematiker und Handwerker in königlichen Werkstätten, die Roger II. von Palermo aus leitete. Von ihnen übernahm man Techniken der Astronomie, der Geographie und der Ornamentik. Die Verwaltungssprache blieb teils Arabisch, auch die Münzen trugen Inschriften in drei Sprachen – Latein, Griechisch und Arabisch.

Am deutlichsten zeigt sich diese Synthese in der Cappella Palatina in Palermo, der Palastkapelle Rogers II. Ihre Architektur vereint Elemente aller drei Kulturen: Die Kuppel und Apsis sind in leuchtenden byzantinischen Mosaiken gestaltet; die Decke ist ein filigranes arabisches Muqarnas-Werk, eine hölzerne Stalaktitenkonstruktion mit kalligrafischen Mustern und Sternen; das Kirchenschiff selbst folgt einer romanischen Basilikaform mit westeuropäischen Rundbögen. Diese Integration ist weniger eine Addition von Einflüssen als eine Transformation.


Ein weiteres Schlüsselwerk dieser Synthese ist der Krönungsmantel Rogers II., später Teil der Reichskleinodien des Heiligen Römischen Reichs, nachdem Sizilien unter die Herrschaft der Staufer gekommen

war. Vermutlich mit Friedrich II., der wie sein Vorgänger Heinrich VI. sowohl römisch-deutscher Kaiser als auch König von Sizilien war, gelangte der Mantel zu den Reichskleinodien.

Gefertigt 1133/34 von muslimischen Künstlern in der Hofwerkstatt von Palermo, besteht er aus rotem Seidenbrokat, durchwirkt mit Goldfäden und Edelsteinen. Das zentrale Motiv zeigt zwei Löwen, die Kamele reißen – ein Sinnbild königlicher Macht, das zugleich an persisch-sassanidische und islamische Bildtraditionen anknüpft. Am Saum läuft eine arabische Inschrift, die dem König Glück und Herrlichkeit wünscht.

Aus diesem Grund gilt der Mantel als Kuriosum unter den Reichskleinodien – nicht nur Kamele, sondern auch arabische Schrift ausgerechnet auf jenem Mantel, den später, bis in die frühe Neuzeit, alle Kaiser des Heiligen Römischen Reichs bei ihrer Krönung trugen, sowie danach die meisten. Dieser arabische Einfluss erfolgte *nach* der christlichen Wiedereroberung Siziliens. Das ist ein Unterschied zur südspanischen Reconquista: Wenn auch der islamische Anteil an den Baudenkmälern Andalusiens stark ist, so sind diese *vor* der Wiedereroberung entstanden. Diese Kultur hat dort nicht weitergelebt und nicht Einfluss in jene Kultur gefunden, die *nach* der Wiedereroberung entstanden ist.

Auch unter der Prämisse gedacht, dass sich in Europa irgendwann wieder konservative Kräfte dauerhaft durchsetzen: Auch solch ein Europa wäre weit besser mit dem normannischen Sizilien vergleichbar als mit dem post-maurischen Südspanien, denn es wäre immer noch ein pluralistisches Europa. Die heute wirkenden Einflüsse würden teilweise bestehen bleiben. Man kann deren Vorzeichen oder Kontext ändern, ihnen neue Einflüsse hinzufügen, aber sie nicht ungeschehen machen.



Krönungsmantel, 1133/1134
Kaiserliche Schatzkammer Wien

Adharas Stimme



Als die katholischen Könige im Ausgang des 15. Jahrhunderts die letzten muslimischen Besatzer von der iberischen Halbinsel warfen, war Spanien ein anderes Land geworden, als es vor deren Einmarsch im frühen 8. Jahrhundert gewesen war. Man kann die Zeit nicht zurückdrehen. Das Ergebnis einer Reconquista wird immer etwas Neues sein, auch wenn es an das Alte herzlich und tief anknüpft.

Der liberale Nationalstaat befindet sich heute im Prozess seiner Selbstabwicklung. Er ist entstanden unter geschichtlichen Voraussetzungen. Er ist nicht das Ende der Geschichte. Seine innere Weiterentwicklung folgt der historischen Logik des immer stärkeren Durchbruchs seiner eigenen Wirkkräfte gegenüber den ihn anfangs noch begrenzenden vorstaatlichen Resten: So mündet der Nationalismus zuletzt in die Massendemokratie, die sich im totalitären Staat vollendet. Der Liberalismus wiederum führt zur sozialen Atomisierung, die schlussendlich im Kollektivismus aufgeht. Das sind gesellschaftliche Gesetze des Fortschritts, die den Progress vom liberalen Nationalstaat über den sozialen Demokratismus hin zum kollektiven Totalitarismus anleiten.

Eine Reconquista kann zwei Wegen folgen: Entweder ist sie ein Zurück auf dieser Entwicklungslinie,

das wäre der restaurative Ansatz, oder ein Heraus aus diesem Prozess, das wäre der regenerative Ansatz. Die Parteien können wahrscheinlich, innerhalb des Korsetts der Verfassungen, nur ersteres leisten. Für Konservative muss letzteres aber immer die privat verfolgte Option bleiben. Konservatismus heißt, eine Dialektik aus Individualismus und Kollektivismus anzunehmen, durch die sich der Liberalismus selbst auflöst, und eine Dialektik aus Demokratie und Tyrannei, der sich der Nationalstaat nicht entziehen kann. Der Konservative muss sein Leben anders führen, auch gegen Widerstände. Er achtet die Gesetze seiner Zeit, aber sein Gewissen folgt älteren, tieferen Quellen.

„Kann nur ein Gott uns retten?“, fragte Martin Lichtmesz 2020 in Anlehnung an das Heidegger-Wort von 1966. Gottes Wege sind unergründlich: Er hat Donald Trump 2024 gerettet und Charlie Kirk 2025 als Märtyrer sterben lassen. Jeden Menschen stellt er an einen anderen Platz. Der freiheitliche Mensch muss heute erkennen, dass sein Konzept der bürgerlichen Freiheit auf vor-freiheitlichen Grundlagen beruht, die es so nicht mehr gibt – und sich endgültig mit dem Konservatismus aussöhnen. Nur dann ist eine Reconquista möglich.

Adhara



Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee, Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Herausgeber: ParlRat. Mag. Norbert Nemeth · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, B.A. · Art Director, Bildredakteur: Prof. Dr. Gerhard Rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter atterseekreis.at/datenschutz.

Bildnachweis (Abkürzungen: (b)=bearbeitet; WCg=Wikimedia Commons, gemeinfrei): S. 1, 3, 5, 56: ak-g-images / Gilles Mermet · S. 2: Wolfgang Sauer (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ephesos_Museum_Wien_-_Parthermonument_4.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 4, 6-7: ak-g-images · S. 10: ak-g-images · S. 11: ak-g-images / Album / sf-gp · S. 12: WCg · S. 16: ak-g-images · S. 17: Städtische Museen Freiburg, Foto: Axel Killian (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mutter_mit_Kind_-_Wilhelm_Haller_-_Augustiner_M_Freiburg.png), <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> · S. 19: Gage Skidmore from Surprise, AZ, United States of America ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Charlie_Kirk_\(54233260055\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Charlie_Kirk_(54233260055).jpg)), „Charlie Kirk (54233260055)“, Kolorierung von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode> (b) · S. 4, 20-21: Pixabay · S. 25: Pixabay · S. 27: Heritage Images / Heritage Imagined / ak-g-images · S. 33: Pixabay · S. 34: Pixabay · S. 35: Dietmar Rabich ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:New_York_City_\(New_York,_USA\),_Empire_State_Building_--_2012_--_6448_\(bw\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:New_York_City_(New_York,_USA),_Empire_State_Building_--_2012_--_6448_(bw).jpg)), Kolorierung von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> (b) · S. 4, 36-37: ak-g-images / Susanne Schleyer · S. 38: Jeremy J. Shapiro (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:AdornoHorkheimer.png>), „AdornoHorkheimer“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode> · S. 39: WCg · S. 47: ak-g-images / Mondadori Portfolio / Sergio Del Grande · S. 48: WCg · S. 49: WCg · S. 51: ak-g-images / Manuel Cohen · S. 53: Gerhard Rihl · S. 54-55: Pixabay (b) · Illustrationen auf S. 1, 19, 35, 54, 56: Büro Rihl



Atterseekreis

frei denken

www.attersee-forum.at

Österreichische Post AG

Sponsoring.Mail

14Z040199 S

Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee

Blütenstraße 21/1, 4040 Linz